

Jahresbericht 2011



Das Jahr 2011 der Stadtparkasse Düsseldorf in Zahlen

Bilanzzahlen	2010 Mio. Euro	2011 Mio. Euro	Veränderungen Mio. Euro
Bilanzsumme	11.678	12.062	384
Kundenkredite	8.494	8.791	297
Kundeneinlagen	7.159	7.440	281
Rücklagen	712	715	3

Erfolgszahlen

Erträge	353	358	5
Aufwand	130	139	9
Bilanzgewinn	12	15	3

Sonstige Zahlen

	Zahl	Zahl	Veränderungen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Jahresende	2.195	2.220	25
davon Auszubildende	154	150	-4
Filialen	71	71	0
Geldautomaten	150	153	3



Gegründet 1825

Jahresbericht 2011

Stadtsparkasse Düsseldorf

187. Geschäftsjahr

Die Stadtsparkasse Düsseldorf und ihre Trägerin, die Landeshauptstadt Düsseldorf, sind Mitglieder des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband angeschlossen.

Inhalt

Organe und Ausschüsse	5
Beiräte	7
Lagebericht	12
A. Darstellung der Geschäftsentwicklung	12
B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	19
C. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	25
D. Nachtragsbericht	27
E. Risikobericht	27
F. Prognosebericht	50
Jahresabschluss	55
Bilanz	56
Gewinn- und Verlustrechnung	58
Anhang	59
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	95
Bericht des Verwaltungsrates	96
Standorte	98
Tochterunternehmen / Stiftungen	104

Organe und Ausschüsse

Vorstand

Peter Fröhlich
Vorsitzender (bis 30.06.2012)

Arndt M. Hallmann
Vorsitzender (ab 01.07.2012)

Karin-Brigitte Göbel

Andreas Goßmann

Dr. Birgit Roos (bis 31.03.2012)

Dr. Martin van Gemmeren
(ab 01.04.2012)

Thomas Boots
stellv. Mitglied gem.
§ 19 Abs. 1 SpkG NW
(bis 31.10.2011)

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Dirk Elbers
Oberbürgermeister

Mitglieder

Friedrich G. Conzen
Bürgermeister,
1. Stellvertreter des vorsitzenden
Mitglieds

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Bürgermeisterin,
2. Stellvertreterin des vorsitzenden
Mitglieds

Bernd Hebbering (bis 31.12.2011)
Gudrun Hock,
Bürgermeisterin
Dr. Jens Petersen
Jasper Prigge
Markus Raub
Wolfgang Scheffler
Harald Wachter

Arbeitnehmervertreter

Silvia Kusel
Rudi Petruschke
Wilfried Preisendörfer
Dirk Rekittke (bis 18.05.2011)
Herbert Kleber (ab 14.07.2011)
Axel Roscher

Hauptausschuss

Vorsitzendes Mitglied

Dirk Elbers
Oberbürgermeister

Mitglieder

Friedrich G. Conzen
Bürgermeister
Gudrun Hock
Bürgermeisterin
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Bürgermeisterin
Silvia Kusel
Wilfried Preisendörfer

Risikoausschuss

Vorsitzendes Mitglied

Dirk Elbers
Oberbürgermeister

Mitglieder

Friedrich G. Conzen, Bürgermeister
Stellvertretender Vorsitzender
Gudrun Hock, Bürgermeisterin
Markus Raub
Axel Roscher

Bilanzprüfungsausschuss

Vorsitzendes Mitglied

Bernd Hebbering (bis 31.12.2011)

Mitglieder

Gudrun Hock, Bürgermeisterin
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann
Bürgermeisterin
Wolfgang Scheffler
Harald Wachter
Silvia Kusel

Beiräte

Wirtschaftsbeirat

Der Düsseldorfer Wirtschaftsraum gehört zu den bedeutenden Wirtschaftszentren in Deutschland. Die Stadtparkasse Düsseldorf fühlt sich der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in hohem Maße verpflichtet.

Zu diesem Engagement gehört auch der ständige Dialog mit der Wirtschaft und den für die wirtschaftlichen Belange Verantwortlichen der Stadt und der Region.

Der Wirtschaftsbeirat der Stadtparkasse Düsseldorf, bestehend aus führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, soll die Identifikation der Stadtparkasse mit der Region im Interesse der Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes und der eigenen geschäftlichen Entwicklung fördern.

Der Wirtschaftsbeirat ist ein Beratungs- und Informationsgremium für den Vorstand der Stadtparkasse Düsseldorf ohne Organfunktion.

Die Beiratsmitglieder beraten den Vorstand und unterstützen ihn in der regionalen Wirtschaftsförderung. Sie haben die Aufgabe, den Kontakt zur regionalen Wirtschaft zu pflegen, Anregungen und Informationen aufzugreifen und weiterzugeben und damit die Identifikation der Stadtparkasse mit dem Wirtschaftsraum Düsseldorf zu fördern.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben informiert der Vorstand der Stadtparkasse Düsseldorf die Mitglieder in regelmäßigen Sitzungen über die Wirtschaftslage und die allgemeine Geschäftsentwicklung der Stadtparkasse und stellt eigene Aktivitäten und Initiativen der Wirtschaftsförderung vor.

Mitglieder des Wirtschaftsbeirates**Vorsitzendes Mitglied**

Dipl.-Ing. Albrecht Woeste

Mitglieder

Dr. rer. pol. Lutz Aengevelt
Geschäftsführender Gesellschafter
Aengevelt Immobilien GmbH & Co. KG

Josef Arnold
Elektro Arnold GmbH

Clemens Bauer

Dipl.-Kfm. Wolfgang van Betteray
Steuerberater
FRH Rechtsanwälte

Dirk Biesenbach
Sprecher des Vorstandes
Rheinbahn AG

Dipl.-Ing. Christoph Blume
Sprecher der Geschäftsführung
Flughafen Düsseldorf GmbH

Prof. Dr. Christoph J. Börner
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre,
insb. Finanzdienstleistungen
Heinrich-Heine-Universität

Dipl.-Ing. Walter Brune
Architekt

Thomas Dopheide
Kreishandwerkermeister
Kreishandwerkerschaft Düsseldorf

Dipl.-Betriebswirt Werner Dornscheidt
Vorsitzender der Geschäftsführung
Messe Düsseldorf GmbH

Dirk Elbers
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Düsseldorf

Dr. Axel Epe
Rechtsanwaltssozietät
Freshfields, Bruckhaus, Deringer

Dr. Paul-Otto Faßbender
Vorstandsvorsitzender ARAG
Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Dr. Hans-Jürgen Forst

Hermann Franzen
Geschäftsführender Gesellschafter
Hermann Franzen KG

Prof. Dipl.-Ing. Thomas Fürst
Geschäftsführer
Fürst Architects GmbH

Werner Hiller
Beirat der apt Hiller GmbH

Wolfgang Hirsch
Geschäftsführender Gesellschafter
Hirsch Holding GmbH

Dr. Edgar Jannott
Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates
Victoria Versicherungen AG

Gerhard K. Kemper
GEKA KEMPER GmbH

Dr. Wolfgang Kühn
Rechtsanwaltssozietät
Heuking, Kühn, Lüer, Wojtek

Professor Dr. med. Dr. phil. Alfons Labisch
*Institut für Geschichte der Medizin
 Heinrich-Heine-Universität*

Rechtsanwalt Frank Lange
*Geschäftsführer Versorgungswerk
 der Rechtsanwälte im Land NRW*

Prof. Dr. Dirk Lepelmeier
*Geschäftsführer
 Nordrheinische Ärzteversorgung*

Ass. jur. Dirk Lindner
*Geschäftsführender Gesellschafter
 Lindner Unternehmensgruppe*

Toni Lirsch

Harald Mikat
TML Technik GmbH

Dr. Herbert Müller
Vorstandsmitglied Rheinmetall AG

Dr. Ing. Heinrich Pröpper
Vorstand der Industrieterrains Düsseldorf-Reisholz AG

Prof. Dr. Detlev Riesner
*Institut für physikalische Biologie
 Heinrich-Heine-Universität*

Dipl.-Kfm. Jochen Rölfs
*Wirtschaftsprüfer / Steuerberater
 Sprecher des Vorstandes Rölfs WP Partner AG*

Dipl.-Kfm. Lebrecht Rürup
Rechtsanwalt / Wirtschaftsprüfer

Martin-Christian Schmidt
*Geschäftsführender Gesellschafter
 Walther Flender GmbH*

Dipl.-Ing. Michael Schnitzler
Geschäftsführer Brauerei Uerige

Prof. Wolfgang Schulhoff
Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf

Notar Dr. Hans-Christoph Schüller
Präsident der Rheinischen Notarkammer

Dr.-Ing. Norbert Schüßler
Geschäftsführer Schüßler-Plan Consult GmbH

Peter Schwabe
Vorsitzender des Vorstandes TELBA AG

Marie-Luise Smeets
*Ehrenoberbürgermeisterin
 der Landeshauptstadt Düsseldorf*

Prof. Beate Wiemann
Hauptgeschäftsführerin Bauindustrieverband NRW e. V.

Lagebericht 2011 der Stadtparkasse Düsseldorf

Lagebericht	12
A. Darstellung der Geschäftsentwicklung	12
B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	19
C. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	25
D. Nachtragsbericht	27
E. Risikobericht	27
F. Prognosebericht	50

Lagebericht 2011 der Stadtparkasse Düsseldorf

A. Darstellung der Geschäftsentwicklung

Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2011

Die deutsche Wirtschaft ist im Berichtsjahr 2011 erneut stark gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete einen Anstieg von 3 % (Vorjahr: 3,7 %). Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat damit im vergangenen Jahr den Stand vor der Krise auch in realer Rechnung (d. h. unter Berücksichtigung der Inflation) übertroffen. In der zweiten Jahreshälfte hat sich die Wirtschaftsleistung deutlich abgeschwächt; im Schlussquartal ist das Bruttoinlandsprodukt sogar leicht rückläufig gewesen (- 0,2 % im Vergleich zum Vorquartal).

Wesentliche Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr aus dem Inland. Den größten Anteil daran hatten die Investitionen. Die privaten Konsumausgaben, die sich viele Jahre eher schwach entwickelt hatten, legten deutlich zu. Darüber hinaus leistete der Außenhandel erneut einen positiven Wachstumsbeitrag.

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich in 2011 erneut sehr positiv. Die Erwerbstätigkeit erreichte mit mehr als 41 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen unter 3 Millionen, eine Arbeitslosenquote von 7,1 %. Damit erreichten die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung den jeweils niedrigsten Stand seit 1991.

Die gute Lage der Düsseldorfer Wirtschaft ist in den Konjunkturberichten der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer eindrucksvoll dokumentiert. Im Mai lautete der Konjunkturbefund der IHK: „Das Stimmungshoch der regionalen Wirtschaft bleibt ungetrübt. Die Unternehmen schätzen ihre aktuelle Lage sogar noch besser ein als zu Jahresbeginn. Die weiteren Erwartungen bleiben

optimistisch“. Noch im Herbst urteilte die IHK: „Der Aufschwung hat sich in der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein bis in den Spätsommer fortgesetzt. So beurteilen die Betriebe ihre Geschäftslage immer noch so gut wie zu Jahresbeginn“. Ähnlich die Handwerkskammer Düsseldorf, hier heißt es im Lagebericht Herbst 2011: „Das Jahr 2011 ist aus Sicht des Handwerks bislang außerordentlich erfolgreich verlaufen. Die rund 56.000 Betriebe im Kammerbezirk haben derzeit alle Hände voll zu tun und berichten in der Herbstumfrage 2011 von vollen Auftragsbüchern.

Zum dritten Mal in Folge bewegt sich der Geschäftsklimaindex auf einem ungewöhnlich hohen Niveau. Allerdings bleiben die Einschätzungen der Betriebe realistisch und die Erwartungen an die künftige Entwicklung gedämpft. Auch sie registrieren, dass sich die wirtschaftliche Großwetterlage seit einiger Zeit eingetrübt hat und eine deutliche Abkühlung der Konjunktur bevorsteht, auch wenn sich dies in der Realität vieler Betriebe noch nicht konkret niedergeschlagen hat“.

Die Arbeitslosenquote im Stadtgebiet ist wie im Bundestrend rückläufig gewesen. Sie lag in 2011 mit 8,4 % um 0,8 %-Punkte unter dem Stand des Jahres 2010.

Branchensituation

Das deutsche Finanzsystem hat seine Risikotragfähigkeit erhöht. Viele Kreditinstitute haben das günstige gesamtwirtschaftliche Umfeld genutzt, um die Ertragslage zu verbessern und die Eigenkapitalbasis zu stärken. Dank der robusten Konjunktur sind die Kreditausfälle auf den niedrigsten Stand seit drei Jahren gefallen. Bei steigenden Kundeneinlagen hat sich die Abhängigkeit vom Interbankenmarkt verringert.

Die Gefahr möglicher Insolvenzen europäischer Staaten hat seit dem Sommer

auch das deutsche Finanzsystem belastet. Wegen der Staatsschuldenkrise sind Wertberichtigungen zu erwarten, die einzelne Kreditinstitute stark belasten können. Im Zentrum der Staatsschuldenkrise stehen einzelne Länder des Euro-Raums. Zweifel an ihrer Fähigkeit, die hohen Staatsschulden zu bedienen und abzutragen, bleiben auf absehbare Zeit das größte Risiko der Finanzstabilität.

Als Folge der Staatsschuldenkrise gingen die Kurse an den Aktienmärkten deutlich zurück. Die Prämien für die Absicherung gegen Kreditausfälle erhöhten sich. Insgesamt sind die Risiken für die deutschen Banken aus diesen Marktverwerfungen bislang beherrschbar gewesen.

Die dezentralen, im Verbund arbeitenden Kreditinstitute, haben sich in 2011 wiederum mit ihrem soliden Geschäftsmodell bewährt. Hierzu zählen in Deutschland die Sparkassen und die genossenschaftlich organisierten Volksbanken und Raiffeisenbanken. Sie haben ganz überwiegend in 2011 stabile Erträge erwirtschaftet und ihr Eigenkapital aufgestockt. Für diese Bankengruppen sollte es keine Probleme darstellen, die unter Basel III diskutierten neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln zeitnah zu erfüllen.

Die regulatorischen Anforderungen an die Finanzinstitute haben im Berichtsjahr weiter zugenommen. Besonders erwähnt seien hier die Umsetzung von Basel III, die Bankenabgabe, aber auch Vorschriften, die den Verbraucherschutz verbessern sollen. So wichtig und sinnvoll die Regelungen auch sind, sie erhöhen den bürokratischen Aufwand für das Bankgeschäft und führen zu höheren Kosten bei den Kreditinstituten.

Geschäftliche Entwicklung der Stadtparkasse Düsseldorf

Die Stadtparkasse Düsseldorf blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2011 zurück. Ein wachsendes Geschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden und eine nochmals deutlich reduzierte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft waren die Grundlage für ein gutes Ergebnis auf solider Basis.

Das Geschäftsjahr 2011 hat wiederum bewiesen, dass die Stadtparkasse Düsseldorf über ein solides, zukunftsfähiges Geschäftsmodell verfügt. Die im November 2008 verabschiedete Strategie, die jährlich vom Vorstand überprüft wird, hat sich auch in 2011 als tragfähig erwiesen.

Sie umfasst im Wesentlichen folgende Grundzüge:

- Stärkung des Privatkundengeschäfts und Ausbau des Private Banking
- Fokussierung des Firmenkundengeschäfts und des gewerblichen Immobiliengeschäfts auf den Mittelstand in der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Region
- Begrenzung des Eigenhandels
- Optimierung der geschäftlichen Risiken
- moderate Steigerung der Aufwendungen für Personal und Bankbetrieb

Die Bilanzsumme ist um 384 Mio. Euro oder 3,3 % auf 12.062 Mio. Euro gestiegen.

Geschäftsentwicklung der Sparkasse Düsseldorf

Kennzahlen	2010	2011	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Bilanzsumme	11.678	12.062	+ 384	+ 3,3
Kredite an Kunden	8.494	8.791	+ 297	+ 3,5
Kundeneinlagen	7.159	7.440	+ 281	+ 3,9
Rücklagen	712	715	+ 3	+ 0,4
Jahresüberschuss	12	15	+ 3	+ 25,0
Mitarbeiter	2.195	2.220		

Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft ist in 2011 um 3,5 % oder 297 Mio. Euro auf 8.791 Mio. Euro gestiegen. Sowohl das Firmenkunden- als auch das Privatkundengeschäft haben zu diesem Wachstum beigetragen. Insbesondere das Firmenkundenneugeschäft konnte deutlich zulegen. Das Volumen der neu bewilligten Kredite stieg um 38 % auf 940 Mio. Euro. Das hohe Neugeschäft korrespondiert mit der guten Auftragslage der Unternehmen in Düsseldorf und der Region.

Neben dem Kredit waren bei Unternehmen Leasing-Finanzierungen stärker nachge-

fragt als in 2010. Hier riefen Unternehmen Volumina in Höhe von 65,1 Mio. Euro ab (Vorjahr: 50,5 Mio. Euro), die sich auf 382 Einzelengagements verteilten.

Die Kreditnachfrage unserer Privatkunden ist im Berichtsjahr noch einmal leicht über das hohe Vorjahresniveau gestiegen. Insgesamt wurden Mittel in Höhe von 590 Mio. Euro neu zugesagt (Vorjahr: 579,5 Mio. Euro).

An der Spitze lag dabei die Vergabe von Wohnungsbaudarlehen; in diesem Segment wurden rund 419 Mio. Euro ausbezahlt (Vorjahr: 412 Mio. Euro).

Kreditvolumen

Kredite	2010	2011	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kunden	8.214	8.525	+ 311	+ 3,8
Eventualverbindlichkeiten (ohne Kreditinstitute)	279	265	- 14	- 5,0
Kredite an Kunden gesamt	8.493	8.790	+ 297	+ 3,5
Treuhandkredite / Wechsel	1	1	0	0,0
	8.494	8.791	+ 297	+ 3,5

Beteiligungen

Die Sparkasse Düsseldorf hält unmittelbar oder mittelbar über die **SK**-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH (**SKBG**) sowohl renditeorientierte Finanzbeteiligungen als auch strategische Investments.

Hierzu gehören auch Beteiligungen, die aus geschäfts- und verbundpolitischen Aspekten gehalten werden. Diese Beteiligungen sind vornehmlich durch ihren öffentlich-rechtlichen Charakter gekennzeichnet.

Im Geschäftsjahr 2011 stieg das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen um 12,9 Mio. Euro auf 506 Mio. Euro. Die Tochtergesellschaft **SKBG** erhielt Eigenkapital in Höhe von 33,2 Mio. Euro, das überwiegend der Equity Partners GmbH (EP) zur Verfügung gestellt wurde. Die EP betreut und verwaltet im Rahmen der Strategie der Sparkasse Düsseldorf das Geschäftsfeld Private Equity.

Der Buchwert der **SKBG** erhöhte sich von 245,7 Mio. Euro auf 278,9 Mio. Euro. Aus dem Bilanzgewinn 2011 der **SKBG** erhielt die Sparkasse Düsseldorf eine Ausschüttung in Höhe von 12,0 Mio. Euro (Vorjahr: keine Ausschüttung).

Auf ihre Beteiligungen an der Erwerbsgesellschaft der **SK** Finanzgruppe mbH & Co. KG sowie der RW Holding AG musste die Sparkasse weitere Wertanpassungen vornehmen.

Über die Erwerbsgesellschaft ist die Sparkasse Düsseldorf an der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) beteiligt. Infolge der Entwicklung auf den Kapitalmärkten schlugen die zurückgenommenen Ergebniserwartungen der LBBH zu Buche. Nach der im Vorjahr vorgenommenen Abschreibung (1 Mio. Euro) reduzierte die Sparkasse ihren Beteiligungsbuchwert von 42,5 Mio. Euro auf 31,4 Mio. Euro. Neben einer erfolgsneutralen Kapitalrückzahlung in

Höhe von 0,5 Mio. Euro erfolgte eine Abschreibung von 10,6 Mio. Euro.

Die Bewertung der Anteile an der RW Holding AG führte auf Basis des Kurswertes der mittelbar auf die Sparkasse Düsseldorf entfallenden RWE-Aktien per 31.12.2011 zu einer Abschreibung von 9,2 Mio. Euro auf einen Buchwert von 11 Mio. Euro (Vorjahr: 20,2 Mio. Euro).

Daneben ist die Beteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband ö. K.-RSGV (Buchwert 138,9 Mio. Euro) von Bedeutung. Der Buchwert blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der RSGV ist u. a. Anteilseigner der Provinzial Rheinland, der Landesbausparkasse LBS West, der DekaBank sowie der WestLB AG und der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA).

Die Anteilseigner der WestLB AG (u. a. der RSGV mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat den Vorstandsvorsitzenden ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden am 11.12.2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung

am RSGV (7,9 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2011 der Stadtsparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Stadtsparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Stadtsparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 18 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2011 5,7 Mio. Euro. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich auf-

grund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Unmittelbare Auswirkungen ergeben sich für die Stadtsparkasse Düsseldorf nicht, da der Wertminderung bei der WestLB ausreichend stille Reserven bei den übrigen RSGV-Beteiligungen gegenüberstehen.

Einlagengeschäft

Im Geschäftsjahr 2011 sind die Kundeneinlagen um 281 Mio. Euro oder 3,9 % auf 7.440 Mio. Euro (Vorjahr: 7.159 Mio. Euro) gestiegen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sind kurzfristige Einlagen deutlich stärker nachgefragt gewesen als solche mit längerer Laufzeit. Konsequenterweise sind die Sichteinlagen um 11,2 % oder 444 Mio. Euro auf 4.412 Mio. Euro gestiegen. Um 113 Mio. Euro oder 16,9 % gingen dagegen die Termineinlagen zurück. Sparkassenbriefe, Namenspfandbriefe und Schuldverschreibungen lagen am Jahresultimo bei 265 Mio. Euro und damit um 17 Mio. Euro höher als in 2010. Der Bestand nachrangiger Einlagen reduzierte sich um 27 Mio. Euro oder 17,8 % auf 125 Mio. Euro.

Einlagengeschäft – Kundeneinlagen nach Produkten

	2010	2011	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Spareinlagen	2.121	2.081	- 40	- 1,9
Sichteinlagen	3.968	4.412	444	11,2
Termineinlagen	670	557	- 113	- 16,9
Sparkassenbriefe	96	76	- 20	- 20,8
Namenspfandbriefe	66	159	93	140,9
Schuldverschreibungen	86	30	- 56	- 65,1
Nachrangige Einlagen	152	125	- 27	- 17,8
	7.159	7.440	281	3,9

Wertpapierkommissionsgeschäft

Erfreulich verlief im Berichtsjahr das Wertpapierkommissionsgeschäft. Der Gesamtumsatz im Wertpapiergeschäft stieg um 308 Mio. Euro oder 14,8 % auf

2.385 Mio. Euro an. Am stärksten zeigte sich der Umsatz mit Aktien (+ 66,3 %), während Investmentfonds um 137 Mio. Euro oder 23,5 % zurückgingen.

Umsatzentwicklung Wertpapierkommissionsgeschäft

	2010	2011	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Festverzinsliche Wertpapiere	1.109	1.298	189	17,0
Aktien	386	642	256	66,3
Investmentfonds	582	445	- 137	- 23,5
Gesamtumsatz	2.077	2.385	308	14,8

Eigenanlagen in Wertpapieren (ohne Schuldscheine)

Die von der Stadtparkasse Düsseldorf gehaltenen Wertpapiere unterteilen sich in eigen- und fremdgesteuerte Anlagen. Das Wertpapierportfolio im Anlagebuch hat ein Volumen (Marktwert) von 2.578 Mio. Euro (Vorjahr: 2.601 Mio. Euro).

Im Bereich der eigengesteuerten Anlagen wird strategiegemäß nur in Papiere mit

gutem Rating (Investmentgrade: AAA bis BBB-) investiert. Die Ratingstruktur bei Schuldverschreibungen und anderen verzinslichen Wertpapieren liegt mit 99 % (Vorjahr: 99,0 %) auf Basis der Einstandswerte im Investmentgrade (Moody's AAA bis BBB). Die Stadtparkasse Düsseldorf hält keine Staatsanleihen aus den von der Schuldenkrise besonders betroffenen europäischen Ländern.

Portfoliostruktur Eigenanlagen nach Marktwerten

	2010	2011	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Renten	1.721	1.919	198	11,5
Spezialfonds	755	561	- 194	- 25,7
Publikumsfonds	104	69	- 35	- 33,7
Sonstige	21	29	8	38,1
	2.601	2.578	- 23	- 0,9

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 6. Juli 2011 beschlossen, dem Vorstandsvorsitzenden Peter Fröhlich keine Wiederbestellung gemäß § 15 Abs. 2a in Verbindung mit § 19 Abs. 2 und Abs. 3 SpkG NW anzubieten.

Der Verwaltungsratsvorsitzende hat in der Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Düsseldorf am 7. Oktober 2011 den Verwaltungsrat informiert, dass das stellvertretende Vorstandsmitglied Thomas Boots sein Mandat mit sofortiger Wirkung niedergelegt habe. Es sei vereinbart worden, dass das Dienstverhältnis am 31. Oktober 2011 endet.

Der Verwaltungsratsvorsitzende hat in der Sitzung des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Düsseldorf am 7. Oktober 2011 den Verwaltungsrat darüber in Kenntnis gesetzt, dass Frau Dr. Birgit Roos das Dienstverhältnis mit der Stadtsparkasse Düsseldorf gekündigt habe. Der Vertrag endet zum 31. März 2012.

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat in seiner Sitzung am 17. November 2011 Herrn Arndt Hallmann zum Vorsitzenden Mitglied des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Personalbericht

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Fundament für den unternehmerischen Erfolg der Stadtsparkasse Düsseldorf sind die Mitarbeiter. Nur durch ihr Engagement, Verantwortungsbewusstsein und Kompetenz konnten die guten Ergebnisse erzielt werden. Die Stadtsparkasse investiert deshalb kontinuierlich in die Aus- und Weiterbildung.

Das ausbildungsbegleitende Studium konnte erfolgreich fortgeführt werden. Zusätzlich unterstützte die Stadtsparkasse Düsseldorf die JuniorManagementSchool, die Oberstufenschüler gezielt fördert und deren Absolventen teilweise als Auszubildende oder Studenten mit gleichzeitiger Ausbildung als Bankkauffrau/Bankkaufmann gewonnen werden konnten.

Ein zentraler Bestandteil der Personalarbeit betraf das Thema Fach- und Führungskräfteentwicklung. Im Vordergrund stand – neben der Vermittlung fachlichen Wissens – die gezielte Förderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Führungspositionen.

Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird durch viele Einzelmaßnahmen gefördert. Freiwillige Leistungen sind beispielsweise die Veranstaltungen der Betriebssportgemeinschaft. Im Gesundheitsmanagement helfen Kursangebote zur Prävention oder die Durchführung von Gesundheitszirkeln. Die Arbeitssituation wird ganzheitlich betrachtet. Ziel aller Maßnahmen: die Gesundheit am Arbeitsplatz zu erhöhen.

Die Unterstützung der Familien ist der Stadtsparkasse ein besonderes Anliegen. Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind etwa der betriebs-eigene Kindergarten mit einem Angebot von 30 Plätzen, 26 Plätze waren Ende 2011 belegt, oder der Familienservice mit kurzfristigen Betreuungsangeboten oder Ferienfreizeiten für Kinder. Angebote in Teilzeit zu arbeiten werden häufig genutzt und helfen, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf setzte die konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitbestimmungsgremien fort. Erforderliche Veränderungen wurden einvernehmlich verabschiedet.

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Beschäftigten und Mitbestimmungsgremien für ihre engagierte Arbeit.

2011 in Zahlen

Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist einer der bedeutendsten Arbeitgeber im Wirtschaftsraum der Landeshauptstadt von NRW. Die hohe Zahl qualifizierter Beschäftigungsverhältnisse ist ein sichtbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung für die Region.

Zum 31. Dezember 2011 beschäftigte die Stadtsparkasse Düsseldorf insgesamt 2.220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.195), darunter in Vollzeit 1.519 Beschäftigte, davon 1.377 aktive, 142 passive (Vollzeitbeschäftigte Vorjahr: 1.477; davon 1.347 aktive, 130 passive) und in Teilzeit 551 Beschäftigte, davon 525 aktive, 26 passive (Teilzeitbeschäftigte Vorjahr: 564 Beschäftigte; davon 536 aktive, 28 passive). Die Zahl der Auszubildenden blieb mit 150 auf dem hohen Niveau des Vorjahres (154). Von den aktiv Beschäftigten sind 29 % jünger als 40 Jahre, 52 % sind zwischen 40 und 54 Jahre, 19 % sind 55 Jahre und älter. Mit 58 % ist die Gruppe der Mitarbeiterinnen größer als die der Mitarbeiter (42 %).

Ihr 25-jähriges Firmenjubiläum feierten 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, 26 blickten in 2011 auf eine 40-jährige Beschäftigungszeit zurück. Die hohe Zahl der Jubiläen und die geringe Fluktuationsquote von 1,38 % dokumentieren die Betriebstreue der Belegschaft. Die durchschnittliche Zugehörigkeit zur Stadtsparkasse beträgt 19 Jahre.

Im Jahr 2011 wurden 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von außen eingestellt, außerdem konnte die Stadtsparkasse 57 Ausbildungsstellen besetzen – davon 50 im Berufsbild Bankkauffrau/Bankkaufmann und 2 Informatikkaufleute; dazu addieren

sich 5 Stellen in einem ausbildungsbegleitenden Studium. Im Jahr 2011 konnte die Stadtsparkasse Düsseldorf 56 Auszubildende in ein Angestelltenverhältnis übernehmen.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Nach Zuführung von 3 Mio. Euro aus dem Jahresüberschuss 2010 beläuft sich die Sicherheitsrücklage der Stadtsparkasse Düsseldorf am 31. Dezember 2011 auf 715 Mio. Euro.

Darüber hinaus erfolgte eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von insgesamt 165 Mio. Euro (davon 136 Mio. Euro in Folge der Auflösung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Vorfeld zu erwartender Auswirkungen der bevorstehenden neuen Eigenkapitalanforderungen nach "Basel III"). Außerdem enthalten ist ein Vorsorgebetrag in Höhe von ca. 6 Mio. Euro zur Absicherung der gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichteten "Erste Abwicklungsanstalt" zur Stabilisierung der WestLB AG (siehe auch Ausführungen im Rahmen der Darstellung bedeutender Beteiligungen). Zusätzlich verfügt die Stadtsparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG).

Die gemäß Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholdinggruppen (Solvabilitätsverordnung SolvV) ermittelte Gesamtkennziffer der Relation der Eigenmittel zur gewichteten Risikoposition, bestehend aus Adressenrisiko, Marktpreisrisiko sowie operationellem Risiko, liegt bei 12,2 % (Vorjahr: 12,5 %) und damit deutlich über dem geforderten

Mindestwert von 8 %. Die Eigenkapitalanforderungen wurden jederzeit eingehalten. Im Laufe des Jahres bewegte sich die Auslastung in einer Bandbreite zwischen 12,2 % und 13,0 %. Die Kernkapitalquote liegt bei 9,2 % (Vorjahr: 9,0 %). Eine solide Basis für die weitere Liquiditäts- und Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft ist unverändert gegeben.

Die Struktur der Aktivseite der Bilanz hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert. Größter Einzelposten bleiben die Forderungen an Kunden mit 71 % (Vorjahr: 70 %). Der Anteil der Eigenanlagen (Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere) liegt unverändert bei 21 %. Auch auf der Passivseite haben sich keine gravierenden Veränderungen ergeben. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 60 % (Vorjahr: 59 %) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 19 % (Vorjahr: 18 %) prägen das Gesamtbild. Der Bilanzanteil der verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich auf 10 % (Vorjahr: 14 %).

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Düsseldorf war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gewährleistet.

Die Vorschriften zur Einhaltung der Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) waren stets erfüllt. Zum Stichtag 31. Dezember 2011 lag die Kennziffer bei 1,58. Im Jahresverlauf bewegte sich die Auslastung in einer Bandbreite zwischen 1,58 und 2,08 deutlich über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 1,00. Auch die für einen Zeitraum von zwölf Monaten ermittelten Beobachtungskennzahlen zeigen eine ausreichende Liquiditätslage. Weitere Angaben zu den Liquiditätsrisiken enthält der Risikobericht.

Das Angebot der Europäischen Zentralbank zu Refinanzierungsgeschäften in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde nur in sehr geringem Umfang genutzt. Die bei der WestLB AG eingeräumte Kreditlinie hat die Stadtsparkasse Düsseldorf dispositionsbedingt in Anspruch genommen. Außerdem haben wir kurzfristige Refinanzierungsgeschäfte in Form von Übernachtskrediten, Tages- und Termingeldaufnahmen bei Kreditinstituten sowie im Rahmen von GC-Pooling-Geschäften über die Eurex Clearing AG als zentralem Kontrahent vorgenommen.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhielt die Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank. Die vorgeschriebenen Mindestreserven wurden stets in der erforderlichen Höhe unterhalten.

Ertragslage

Trotz volatiler Finanzmärkte und einer insbesondere in der zweiten Jahreshälfte durch die Euro- bzw. Staatsschuldenkrise beeinträchtigte Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum konnte die Stadtsparkasse Düsseldorf im Geschäftsjahr 2011 ein gutes, leicht über dem Vorjahr liegendes Ergebnis erzielen.

Um stichtagsbedingte Abweichungen zu vermeiden, beziehen sich die nachfolgend aufgeführten Relationen auf die Durchschnittsbilanzsumme (DBS), die sich entgegen unserer Prognose gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % erhöhte.

Der Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge (Posten 3 der GuV) ist unverändert der bedeutendste Ertragsfaktor in der Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtsparkasse Düsseldorf. Mit insgesamt 276 Mio. Euro blieb er gegenüber dem Vorjahr unverändert und hat sich etwas günstiger entwickelt als angenommen.

Ertragslage

Kennzahlen	2010 Mio. €	2011 Mio. €	Veränderungen Mio. €
Zinsüberschuss und laufende Erträge aus Beteiligungen (Gewinn- und Verlustrechnung, Posten 1 - 3)	276	276	+/- 0
Provisionsüberschuss	64	66	+ 2
Nettoertrag des Handelsbestands	1	1	+/- 0
Sonstige betriebliche Erträge	12	15	+ 3
Zwischensumme	353	358	+ 5
Personalaufwand	128	128	+/- 0
Andere Verwaltungsaufwendungen	72	73	+ 1
Abschreibungen auf Sachanlagen	8	5	- 3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	15	13	- 2
Betriebsergebnis vor Bewertung	130	139	+ 9
Bewertungsergebnis (Gewinn- und Verlustrechnung, Posten 13 - 16)	- 45	84	+ 129
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	36	165	+ 129
Außerordentliche Aufwendungen	8	0	- 8
Steuern	29	43	+ 14
Jahresüberschuss	12	15	+ 3
Bilanzgewinn	12	15	+ 3

Der Rückgang des Zinsergebnisses (GuV-Posten 1 und 2) um ca. 13 Mio. Euro wurde durch laufende Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (Posten 3 der GuV) nahezu kompensiert. Erwartungsgemäß konnte aus dem Bilanzgewinn der S-Kapitalbeteiligungsgesellschaft (SKBG) eine Ausschüttung in Höhe von 12 Mio. Euro an die Sparkasse erfolgen. Auch die laufenden Erträge aus den sonstigen Beteiligungen sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (GuV-Posten 3) lagen günstiger als im Vorjahr.

Entgegen der in den Planungen unterstellten Zinsszenarien war das Geschäftsjahr durch eine sich abflachende Zinsstrukturkurve geprägt. Die Stadtsparkasse konnte erneut Erfolgsbeiträge durch Nutzung der Fristentransformation erzielen, die gegenüber dem Vorjahr jedoch leicht rückläufig waren.

Aufgrund des nach wie vor niedrigen Zinsniveaus sowie aufgrund der Unsicherheit an den Kapitalmärkten wurden von unseren Kunden verstärkt kurzfristige Anlagen nachgefragt. Dadurch bedingt stieg insbesondere der Zinsaufwand für kurzfristige Anlagen spürbar an. Gleichzeitig erhöhte sich konditionsbedingt der Zinsaufwand im institutionellen Refinanzierungsgeschäft. Im Zuge der strategischen Steuerung haben wir umfangreiche Zinssicherungsmaßnahmen vorgenommen, die im Zinsergebnis mit -19 Mio. Euro enthalten sind. Damit wirkt die Sparkasse bestehenden Zinsänderungsrisiken entgegen und sichert sich vor dem Hintergrund eventueller Zinssteigerungen einen kalkulierbaren Refinanzierungsbeitrag.

Für die Aufzinsung von Rückstellungen im Sparbereich sind in Anlehnung an die Bestimmungen des Bilanzrechtsmoder-

nisierungsgesetzes (BilMoG) insgesamt Aufwendungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro angefallen.

Aufgrund der leicht gestiegenen Durchschnittsbilanzsumme ergibt sich eine Verringerung des Zinsüberschusses auf 2,23 % (Vorjahr: 2,26 %).

Erwartungsgemäß konnten wir den Provisionsüberschuss weiter verbessern. Der Saldo aus Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen erhöhte sich auf 66 Mio. Euro (Vorjahr: 64 Mio. Euro). Im Verhältnis zur ebenfalls gestiegenen DBS liegt die Relation unverändert bei 0,53 %. Insbesondere die Provisionserträge im Kundenwertpapier-, Vermittlungs- und Auslandsgeschäft trugen zur Verbesserung des Provisionsergebnisses bei. Dagegen waren die Erträge im Giro- und Zahlungsverkehr weiter rückläufig. Im Provisionsüberschuss enthalten sind Erfolge aus Sorten-, Devisen- und Edelmetallgeschäften in Höhe von 1 Mio. Euro (Vorjahr: 1 Mio. Euro).

Der Nettoertrag des Handelsbestands (GuV Posten 7) beinhaltet das Ergebnis der Aufwendungen und Erträge aus dem Handelsbestand der Stadtparkasse abzüglich eines Risikoabschlages von den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten gem. § 340e Abs. 3 HGB. Darin verrechnet ist eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 46 Tsd. Euro gemäß den Bestimmungen des § 340e Abs. 4 HGB.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV-Posten 8) erhöhten sich um 3 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro. Aufgrund der besonderen Deckung von Aktiv- und Passivpositionen werden die Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 1 Mio. Euro (Vorjahr: 65 Tsd. Euro) in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 256a HGB i.V. mit § 340h HGB netto im GuV-Posten 8 ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) gingen um 2 Mio. Euro auf 13 Mio. Euro zurück. Darin enthalten sind angefallene Zinsaufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 3 Mio. Euro (Vorjahr: 3 Mio. Euro).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) sowie die Abschreibungen auf Sachanlagen (GuV-Posten 11) konnten um 0,9 % auf 206 Mio. Euro (Vorjahr 208 Mio. Euro) erneut verringert werden.

Die hierin enthaltenen Personalaufwendungen blieben mit 128 Mio. Euro entgegen unserer Erwartung nahezu konstant. Der größte Zuwachs entfiel auf die Aufwendungen für die Altersversorgung. Im Personalaufwand enthalten sind gemäß Tarifvertrag vereinbarte moderate Gehaltssteigerungen sowie Aufwendungen für die Zahlung einer erfolgsorientierten Vergütung.

Erwartungsgemäß erhöhten sich die Anderen Verwaltungsaufwendungen aufgrund einer sorgfältigen Budget- bzw. Sachkostenplanung im Geschäftsjahr 2011 nur geringfügig. Einsparungen ergaben sich insbesondere bei EDV- und Instandhaltungsaufwendungen. Dagegen erhöhten sich die Aufwendungen für Werbung und für sonstige Dienstleistungen Dritter. Erstmals ab dem Jahr 2011 war nach Verabschiedung des Restrukturierungsgesetzes von den Kreditinstituten eine "Bankenabgabe" zu leisten. Der auf die Stadtparkasse Düsseldorf entfallende Betrag in Höhe von 0,7 Mio. Euro ist in den Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen gemäß GuV-Posten 11 lagen um 3 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert.

Das Gesamtergebnis der Erträge aus den GuV-Posten 1-9 verbesserte sich um 5 Mio.

Euro auf 358 Mio. Euro. Gleichzeitig reduzierte sich die Summe der Aufwendungen um 4 Mio. Euro auf 219 Mio. Euro. In der Folge verringerte sich die entsprechend der Definition der Deutschen Bundesbank ermittelte Relation der Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) im Geschäftsjahr 2011 auf 61 % (Vorjahr: 62 %).

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen, bestimmte Wertpapiere und Beteiligungen werden nach Verrechnung mit korrespondierenden Erträgen ausgewiesen. Der Saldo des Bewertungsergebnisses belief sich im Berichtsjahr auf + 84 Mio. Euro (Vorjahr: - 45 Mio. Euro), in erster Linie verursacht durch die Auflösung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB und Einstellung in den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 136 Mio. Euro.

Der überwiegende Teil der in Aktiva 5 und 6 ausgewiesenen Vermögensgegenstände wurde dem Umlaufvermögen zugeordnet. Für die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurde stets der niedrigere beizulegende Zeitwert angesetzt ("strenges Niederstwertprinzip").

Darüber hinaus haben wir uns aus strategischen Gründen dazu entschlossen, Schuldverschreibungen mit Buchwerten von insgesamt 506 Mio. Euro dem Anlagevermögen zuzuordnen und die Halteabsicht auf die gesamte Restlaufzeit zu erstrecken. Für diese Wertpapiere erfolgte die Bewertung abweichend nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Daraus resultiert ein geringerer Abschreibungsbedarf von ca. 20 Mio. Euro.

Für die Wertpapiere und die Finanzinstrumente haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen war.

Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet.

Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Hierzu erfolgte zunächst eine modellbasierte Bewertung. Sofern die Abweichung innerhalb eines vordefinierten Toleranzbereiches lag, wurde eine standardisierte indikative Bewertung durchgeführt. Außerhalb des definierten Toleranzbereiches erfolgte eine individuelle Anpassung auf den modellbasierten Kurs.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis eines Bewertungsmodells werden so weit wie möglich beobachtbare Marktdaten herangezogen. Als Bewertungsmodell nutzt die Sparkasse größtenteils sogenannte Discounted Cashflow-Verfahren. Hierbei wird als Bewertungsparameter im Wesentlichen eine für den Interbankenhandel mit Zinsswaps beobachtbare Zinsstrukturkurve ("Swap-Kurve") verwendet. Der Emittentenbonität wurde dabei durch Verwendung von Rating-abhängigen Bewertungskursen Rechnung getragen. Die Illiquidität des Marktes

wurde als weiterer Parameter in dem Bewertungsmodell berücksichtigt.

Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Weiterhin wurde ein den Handelsaktiva zuzurechnender Investmentfonds aufgrund der von der Kapitalanlagegesellschaft initiierten Aussetzung der Rücknahme der Anteile nicht zum höheren investimentrechtlichen Rücknahmepreis, sondern zum niedrigeren Schlusskurs der Heimatbörse Hamburg bewertet.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Die grundlegenden Annahmen, die bei inaktiven Märkten der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes der Finanzinstrumente zugrunde gelegt wurden, sind bei den entsprechenden Bilanzposten im Anhang erläutert.

Als Folge der Kapitalmarkturbulenzen durch die Euro- bzw. Staatsschuldenkrise lag der Saldo aus Ab- und Zuschreibungen sowie Kursgewinnen und Kursverlusten der Wertpapiere der Liquiditätsreserve mit - 11 Mio. Euro deutlich unter dem Vorjahreswert (+ 33 Mio. Euro). Damit wurden die Erwartungen nicht erfüllt.

Für akute Ausfallrisiken haben wir bei Forderungen an Kunden ausreichende Wertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Zusätzlich wurden auf den latent gefährdeten Forderungsbestand auf Basis der Ausfälle der letzten fünf Jahre bemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Dank einer widerstandsfähigen Verfassung der deutschen Wirtschaft sind die

Risikokosten im Berichtsjahr erneut niedriger ausgefallen. Das Ergebnis lag deutlich unterhalb des angenommenen Wertes.

Im Vorfeld zu erwartender Auswirkungen der verschärften Anforderungen für die Anrechenbarkeit von Eigenmitteln im Rahmen der Vereinbarungen nach „Basel III“ haben wir bestehende Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB in Höhe von 136 Mio. Euro aufgelöst und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB zugeführt. Damit ist eine sichere und konstante Erfüllung der Kapitalanforderungen gewährleistet.

Darüber hinaus wurden 23 Mio. Euro aus dem Jahresergebnis 2011 zur zusätzlichen Vorsorge in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB eingestellt.

Zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG hat die Stadtsparkasse Düsseldorf analog der Vorjahre bilanzielle weitere Vorsorge für das Risiko der Inanspruchnahme einer indirekten Verpflichtung entsprechend dem Anteil am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband in Form einer weiteren Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 6 Mio. Euro vorgenommen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Ausführungen zur WestLB AG unter Kapitel A (Beteiligungen) verwiesen.

Damit besteht für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute gemäß § 340g HGB Vorsorge in Höhe von insgesamt 207 Mio. Euro.

Für die Risiken aus Beteiligungen wurde ausreichend Vorsorge getroffen.

Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (GuV-Posten 23) beläuft sich auf 43 Mio. Euro (Vorjahr 29 Mio. Euro). Der Anstieg ist in erster Linie auf eine Erhöhung der steuerlichen Bemessungs-

grundlage im Rahmen der Bewertung der eigenen Wertpapiere zurückzuführen.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses entscheidet der Rat der Stadt Düsseldorf auf Vorschlag des Verwaltungsrates über die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 15 Mio. Euro (Vorjahr 12 Mio. Euro). Die Eigenkapitalausstattung der Stadtparkasse Düsseldorf ermöglicht auch weiterhin eine sichere und ausreichende Liquiditäts- und Kreditversorgung des regionalen Marktes.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes verläuft die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen.

C. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Allgemeine Informationen

Das interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Darüber hinaus werden mit dem IKS die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften gewährleistet. Damit wird erreicht, dass alle Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften sowie internen Richtlinien erfasst, verarbeitet und dokumentiert sowie zeitnah und buchhalterisch korrekt erfasst werden. Außerdem wird damit gesichert, dass Vermögensgegenstände und Schulden im Einzel- und Konzernabschluss zutreffend ausgewiesen und bewertet werden und somit verlässliche Informationen zur Verfügung stehen.

Risiken im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln und/oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Fehler können das Vertrauen in die Stadtparkasse Düsseldorf beeinträchtigen und gesetzliche Sanktionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen.

Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von einem korrekten Ausweis abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Ein internes Kontrollsystem (IKS) kann eine angemessene, nicht aber absolute Sicherheit bieten, dass Fehler in Abschlüssen vermieden werden.

Die Ausgestaltung des Kontrollsystems beinhaltet vor allem:

- Die Vollständigkeit und Erfassung aller Geschäftsvorfälle
- Die Berücksichtigung aller bilanzierten Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und sonstigen Geschäftsvorfälle
- Die zutreffende Bewertung aller Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und sonstigen Geschäftsvorfälle
- Die Berichterstattung sowie die Anhangangaben der Jahresabschlüsse entsprechend den gesetzlichen Anforderungen

Organisation des internen Kontrollsystems

Der Vorstand ist grundsätzlich für die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungslegungsprozesses verantwortlich. Zur Umsetzung wurden entsprechende Arbeitsanweisungen – auch in Bezug auf das IKS – veröffentlicht.

Unter Beachtung der Funktionstrennung gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) sind im Rahmen einer klaren Führungs- und Unternehmensstruktur die Finanzbuchhaltung/ Rechnungswesen (Zentralbereich Betriebswirtschaft) und der Markt bzw. Handel voneinander unabhängig. Die Verantwortungsbereiche sind klar zugeordnet.

Im Rahmen des IKS werden Kontrollen von allen Geschäftsbereichen durchgeführt, die bei der Aufstellung der Abschlüsse beteiligt sind.

Für die Rechnungslegung nutzt die Stadtsparkasse die DV-Anwendung OSPlus der Finanz Informatik GmbH & Co. KG (IT-Dienstleister der Sparkassenorganisation). Die darüber hinaus bei der Stadtsparkasse Düsseldorf eingesetzten DV-Lösungen unterliegen einem standardisierten Softwarefreigabeverfahren. Die eingesetzten Systeme sind durch Sicherheitseinrichtungen gegen unbefugten Zugriff geschützt. Daneben erfolgen Kontrollen zum Zugang zu diesen Systemen.

Ein zwischen Vorstand und Fachbereichen abgestimmtes Planungssystem soll einen reibungslosen Rechnungslegungsablauf gewährleisten. Dazu bedient sich die Stadtsparkasse der DV-Anwendung SmartClose-Manager (SCM). Der SCM bündelt die für den Gesamterstellungsprozess der Abschlüsse nach HGB erforderlichen Aktivitäten aller beteiligten Bereiche und gewährleistet somit eine effektive Koordination der Prozesse und Fristen.

Im Falle von absehbaren Verzögerungen können auf diese Weise die installierten Eskalationsmechanismen angestoßen werden.

Die Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften (HGB, RechKredV) wird von den Fachbereichen permanent überwacht.

Zur Vorbeugung rechnungslegungsbezogener Risiken werden im Zuge der Einführung neuer Produkte gemäß MaRisk auch die Fachbereiche Finanzbuchhaltung/ Rechnungswesen und Steuern in den Entscheidungsprozess eingebunden.

Bei rechnungslegungsrelevanten Kontrollprozessen wird das 4-Augen-Prinzip angewendet.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, u. a. laufende und regelmäßige Kontrollen zur Einhaltung von Arbeitsanweisungen und Buchungen. Die Kontrollen erfolgen posten- und risikoorientiert. Darüber hinaus erfolgen individuelle, regelmäßig durchgeführte Kontrollen durch den Vorgesetzten sowie automatisierte Kontrollen (z. B. bei hinterlegten Funktionstrennungen).

Alle Kontrollen zusammen gewährleisten die angemessene Wirksamkeit des IKS:

- Sicherstellung der Berichterstattung im Einklang mit den Bilanzierungsrichtlinien
- Kontrollen der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen
- Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit aller Geschäftsvorfälle sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen
- Kontrollen externer und interner Abstimmungen (z. B. Börsengeschäfte)

- Kontrollen von Bewertungen (Kreditgeschäft, Eigenanlagen, Beteiligungen, Sachanlagen, sonstige Vermögensgegenstände)
- Kontrollen der Berechnung von Steuern
- Überprüfung von Bilanzposten

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Die Überwachung der Wirksamkeit des IKS durch den Vorstand wird vor allem auf Basis der Prüfungsberichte der internen Revision, der Berichte der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes sowie auf Basis evtl. Sonderprüfungsberichte (z.B. der Bankenaufsicht) vorgenommen.

Darüber hinaus ist gemäß § 15 Abs. 3 Sparkassengesetz (SpkG) der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanzprüfungsausschuss für die Überwachung der Rechnungslegungsprozesse, der Jahresabschlussprüfung, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems zuständig.

Interne Revision

Die Prüfung des Rechnungswesens, der Risikomanagementsysteme und des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems erfolgt regelmäßig durch die (prozessunabhängige) interne Revision. Sie führt auf Basis eines jährlich fortgeschriebenen Prüfungsplans Aufbau- und Funktionsprüfungen der für die Rechnungslegung relevanten Prozesse durch.

D. Nachtragsbericht

Der Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Düsseldorf hat am 23. Januar 2012 Herrn Dr. Martin van Gemmeren gemäß § 15 (2a) SpkG NW mit Wirkung zum 1. April 2012 für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstandes der Stadtsparkasse Düsseldorf bestellt.

E. Risikobericht

Grundlagen

Mit einer risikoorientierten Gesamtbanksteuerung verfolgt die Stadtsparkasse Düsseldorf eine systematische Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bankgeschäftlichen Risiken auf Basis eines adäquat verfügbaren Risikodeckungspotenzials. Ziel ist es, jederzeit die Risikotragfähigkeit zu gewährleisten und den Fortbestand des Gesamtkonzerns sicherzustellen. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen sind dabei stets einzuhalten.

Als Risiko versteht die Stadtsparkasse Düsseldorf die Gefahr möglicher Verluste oder eines Schadens durch eine ungünstigere als die ursprünglich erwartete Entwicklung. Dabei könnten interne oder externe Faktoren die Ursache sein.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf betrachtet in ihrem Steuerungskonzept die folgenden Risikoarten:

Risikoarten

Adressenrisiken	Marktpreisrisiken	Liquiditätsrisiken	Operationelle Risiken	Sonstige Risiken
<ul style="list-style-type: none"> • Kreditrisiko • Emittentenrisiko • Kontrahentenrisiko • Beteiligungsrisiko 	<ul style="list-style-type: none"> • Zinsänderungsrisiko • Aktienkursrisiko • Spreadrisiko • Währungsrisiko • Sonstige Risiken 	<ul style="list-style-type: none"> • Zahlungsunfähigkeitsrisiko • Refinanzierungsrisiko • Marktliquiditätsrisiko 	<ul style="list-style-type: none"> • OpRisk (Konzern) • IT-Risiken • Risiken aus Outsourcing 	<ul style="list-style-type: none"> • Strategisches Risiko • Ertrags- / Kostenrisiko • Absatzrisiko • Reputationsrisiko • Immobilienrisiko

Die Risikoarten werden auf unterschiedliche Weise berücksichtigt. Die quantifizierbaren Risikoarten (z. B. Adressenrisiken, Marktpreisrisiken) werden in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung aufgenommen, während die nicht quantifizierbaren Risikoarten durch Gestaltung der Prozesse oder durch die Beobachtung zusätzlicher Kennziffern geregelt werden (z. B. allgemeines Liquiditätsrisiko, Ertragsrisiken). Zudem wird mit Ausnahme der sonstigen Risiken (bis auf das Immobilienrisiko) ein Limitsystem zur Steuerung genutzt.

Das Gesamthausrisiko ermittelt die Stadtsparkasse Düsseldorf additiv. Korrelationen zwischen einzelnen Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Lediglich bei Marktpreisrisiken werden Korrelationseffekte in der periodischen Sicht eingerechnet. Im primären Steuerungskreis (wertorientierte Sicht) werden die Risikoarten unkorreliert betrachtet.

Die in den Berichtsteilen Adressen-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken angegebenen Quantifizierungen beziehen sich ausschließlich auf die Stadtsparkasse Düsseldorf (Einzelinstitut). Hiermit werden die überwiegenden Risiken einschließlich des Potenzials in den Wertpapiersondvermögen erfasst. Die Messung des Beteiligungsrisikos erfolgt auf Konzernebene auf der Basis der Buchwerte nach dem deutschen Handelsrecht.

Organisation des Risikomanagements

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Die Steuerung der Risiken erfolgt auf der Basis einer die Geschäftsstrategie ergänzenden Risikostrategie, die jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst wird. Während die Geschäftsstrategie die grundlegende Ausrichtung beinhaltet, konkretisiert die Risikostrategie Ziele und Vorgehensweise

des Risikomanagements. Des Weiteren wird vom Vorstand das Risikotragfähigkeitskonzept in Verbindung mit der Zuordnung von Limiten beschlossen.

Der Vorstand informiert den Verwaltungsrat regelmäßig über die Risikosituation der Stadtsparkasse. Eine detaillierte Berichterstattung erhält der vom Verwaltungsrat gebildete Risikoausschuss. Der Vorsitzende des Risikoausschusses informiert anschließend den gesamten Verwaltungsrat.

Der Vorstand erhält durch den von ihm gebildeten Risikostrukturausschuss Handlungsempfehlungen zur Steuerung bestimmter Risikoarten. Dabei befasst sich der Risikostrukturausschuss mit der Gesamtrisikosituation der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Im Rahmen der monatlichen Bilanzstruktursitzung des Vorstandes – gemeinsam mit Vertretern des Markt – und des Überwachungsbereiches – werden Marktpreis- und Liquiditätsrisikosteuerung diskutiert sowie Steuerungsentscheidungen getroffen.

Die Steuerung der Adressausfallrisiken auf Kundenebene obliegt neben den jeweiligen Geschäftsbereichen vor allem dem Zentralbereich Kredit (Marktfolge). Die operative Steuerung von Marktpreisrisiken wird vom Geschäftsbereich Asset Management vorgenommen, das Risikocontrolling im vom Markt unabhängigen Risikomanagement.

Im Rahmen der Neustrukturierung des Beteiligungswesens wurde in 2011 im Zentralbereich Betriebswirtschaft die Abteilung Beteiligungen aufgebaut. Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen das Beteiligungscontrolling und die Betreuung der strategischen Beteiligungen der Stadtsparkasse. Das Risikocontrolling wird von der Stabsstelle Risikomanagement vorgenommen.

Für die Steuerung der operationellen Risiken ist auf Ebene des Anweisungswesens vor allem der Zentralbereich Organisation und hinsichtlich Überwachung und Reporting die Stabsstelle Risikomanagement verantwortlich. Den Leitern der Geschäfts- und Zentralbereiche obliegt die operative Steuerung von operationellen Risiken im jeweiligen Bereich. Weiterhin beschäftigt sich der Sicherheitsausschuss mit Fragestellungen zu operationellen Risiken.

Der Zentralbereich Revision überzeugt sich im Rahmen seiner Prüfungen von der Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems.

Risikotragfähigkeitskonzept

Zur Begrenzung und Steuerung der Risiken hat die Stadtsparkasse Düsseldorf ein Risikotragfähigkeitskonzept verabschiedet. Es werden wertorientierte, periodische und regulatorische Sichtweisen berücksichtigt. Durch die Gegenüberstellung von Risikodeckungspotenzial und Risiken wird die laufende Risikotragfähigkeit gesichert.

Das Risikotragfähigkeitskonzept beachtet sowohl die Risiken im laufenden Geschäftsjahr (Gewinn-und-Verlust-(GuV)-Ebene, rollierend 12 Monate) als auch die durch Risikoeintritt mögliche Vermögensveränderung (Vermögens- bzw. wertorientierte

Ebene). Das Konfidenzniveau der den Limiten gegenübergestellten Risikowerte liegt bei 95 % auf der GuV- Ebene und bei 99 % auf der wertorientierten Ebene (Vorjahr 99,9 %). Auf der Vermögensebene wird zusätzlich ein Konfidenzpuffer (Skalierung auf 99,9 %) als Abzugsposten von der Risikodeckungsmasse berücksichtigt.

Das Risikodeckungspotenzial auf GuV-Ebene besteht aus dem modifizierten Jahresgewinn, stillen Reserven bei Marktpreisrisiken, den Vorsorgereserven (§ 340g HGB) und Teilen der Sicherheitsrücklage. Das Deckungspotenzial auf Vermögensebene setzt sich im Wesentlichen zusammen aus der Konzernsicherheitsrücklage, den Vorsorgereserven sowie stillen Reserven (korrigiert um stille Lasten), laufenden Erträgen abzüglich Kosten. Das für die Risikonahme vorgesehene Risikodeckungspotenzial legt der Vorstand im Kontext der operativen Planung fest.

Die Risikotragfähigkeit wird monatlich berechnet und dem Vorstand im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes (Risiko-Cockpit) vorgestellt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2011 betragen die wertorientierten Gesamtlime zur Einzelsteuerung der Risiken 694 Mio. Euro (Vorjahr 802 Mio. Euro, bei einem Konfidenzniveau von 99,9 %).

Verteilung der wertorientierten Limite

Risiken	31.12.2010 %	31.12.2011 %
Zinsänderungsrisiken	40	31
Adressenrisiken	18	16
Marktpreisrisiken	14	13
Spreadrisiken	0	18
Beteiligungsrisiken	21	13
Operationelle Risiken	6	8
Immobilienrisiken	1	1

Limitanpassungen waren insbesondere aufgrund der im zweiten Halbjahr 2011 aufgetretenen Marktvolatilitäten im Rahmen der Finanzkrise erforderlich. Sie konnten zu Lasten des dafür vorgesehenen wertorientierten Risikopuffers oder im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeit durch Umordnungen innerhalb des Gesamtlimits vorgenommen werden. Zusätzlich wurden Risiken durch den Abbau von Spezialfonds und den Abschluss von Sicherungsgeschäften reduziert.

Auswirkungen der bevorstehenden Anforderungen nach Basel III

Der Finanzmarkt befindet sich im Umbruch. Auf die Banken und Sparkassen kommen in der nächsten Zeit eine Vielzahl regulatorischer Änderungen zu. Im Mittelpunkt steht die neue Baseler Rahmenvereinbarung (Basel III). Vorgesehen sind verschärfte Anforderungen für die Anrechenbarkeit von Eigenmitteln sowie neue Mindestkapitalquoten. Zusätzlich werden als neue Kennzahl eine Verschuldungsquote ("Leverage Ratio"), der Aufbau von zusätzlichen Kapitalpuffern und erweiterte Kapitalanforderungen für Kontrahentenrisiken eingeführt. Außerdem werden erstmals quantitative Mindestanforderungen für ein effizientes Liquiditätsrisikomanagement eingeführt. Mit dem am 20. Juli 2011 von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf einer Verordnung und Richtlinie zur Umsetzung von Basel III zeichnen sich die für alle Institute in Europa verbindlichen Regeln ab. Die Regelungen sollen ab 2013 in Kraft treten, wobei längere Übergangsfristen vorgesehen sind.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat sich bereits 2011 mit den neuen Regelungen auseinandergesetzt. Erste Proberechnungen haben gezeigt, dass die Mindesteigenkapitalquoten gut erreicht werden können und dass die Verschuldungsquote keine Begrenzung darstellen dürfte. Mit Blick auf

die Liquiditätskennziffern besteht bis zum Wirksamwerden der EU-Vorgaben ausreichend Zeit für Anpassungsmaßnahmen.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf wird die Umsetzung der Basel III - Vorgaben projekthaft durchführen. Dabei orientiert sich die Stadtsparkasse Düsseldorf eng an dem Umsetzungsleitfaden, den der DSGV im Dezember 2011 veröffentlicht hat.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen werden, soweit vorhanden und sinnvoll, im Rahmen der Risikomessung berücksichtigt. So werden mittels des Adressrisikomodells Credit Portfolio View (CpV) Risikokonzentrationen aus Branchen- und Größenaspekten abgebildet. Des Weiteren werden Konzentrationen auf Basis von Stressszenarien auf Gesamtbankebene gesteuert und überwacht.

Stressszenarien

Die Stadtsparkasse Düsseldorf berechnet neben Sensitivitätsstresstests vierteljährlich fünf Stressszenarien. Im Wesentlichen werden globale Rezession, Verwerfungen der Finanzmärkte (Zins, Liquidität) sowie mögliche Einflüsse auf das Kreditportfolio betrachtet. Zusätzlich erfolgen inverse Stresstests auf den Risikoebenen Zinsen, Creditspreads, Aktien-/Marktpreis und Kredite. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird zudem ein Stressszenario im Hinblick auf die wesentlichen Ertragskomponenten (periodische Ebene) berechnet.

Zur Sicherstellung der regulatorischen Vorgaben (Solvabilitätskoeffizient, Kernkapitalquote und Großkreditgrenze) wird monatlich der Eintritt der maximalen Verlustgrenzen aller Risikoarten angenommen und deren Auswirkungen berechnet.

Die Ergebnisse der regelmäßig berechneten Stressszenarien werden hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit

(wertorientierte, periodische und regulatorische Sichtweise) im Gesamtvorstand erörtert. Der Vorstand berichtet darüber im Risikoausschuss.

Die Erkenntnisse aus den Stressszenarien zeigen, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf auch in kritischen Situationen gesichert ist.

Berichtssystem

Risikobericht nach MaRisk

Die dem Marktfolgevorstand zugeordnete Stabsstelle Risikomanagement erstellt monatlich einen umfassenden Gesamtrisikobericht (Risiko-Cockpit), der dem Gesamtvorstand nach Diskussion im internen Risikostrukturausschuss zugeleitet und im Rahmen einer Vorstandssitzung erörtert wird.

Im Gesamtrisikobericht wird die Risikosituation der Stadtsparkasse Düsseldorf anhand einer Ampelsystematik – ggf. verbunden mit Erläuterungen – dargestellt, analysiert, beurteilt und Handlungsempfehlungen gegeben.

Neben den Übersichten zur GuV-, Vermögens- und regulatorischen Ebene erfolgt die Darstellung der Risikoarten. Im Adressenrisikobereich werden insbesondere die Auslastung des wertorientierten Limits, die Ratingabdeckung, Risikokonzentrationen, die Entwicklung der Ausfallwahrscheinlichkeiten, der Überziehungsquoten und der Risikovorsorge dargestellt. Vierteljährlich wird das Risiko-Cockpit um den Risikobericht gem. MaRisk BTR 1 (Kreditrisikobericht) erweitert.

Im Abschnitt über Marktpreisrisiken wird über die Risiko- und Ergebnisentwicklung der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen (Marktpreisrisiken der Eigenanlagen und Zinsänderungsrisiken) informiert. Im zusätzlichen monatlichen Bilanzstrukturbericht, der ebenfalls

Gegenstand einer Vorstandssitzung ist, werden zudem Stress- und Backtesting-Ergebnisse sowie die Barwertentwicklung berichtet.

Des Weiteren wird über die Entwicklung des Beteiligungsportfolios informiert. Zum Liquiditätsrisiko werden der Verlauf der Liquiditätskennziffer sowie die Stressszenarien gezeigt. Tatsächlich eintretende operationelle Risiken werden auf der GuV-Ebene dargestellt. Details zu operationellen Risiken erhält der Vorstand über einen separaten jährlichen Bericht.

Tagesreport

Für die tägliche Berichterstattung über Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften erstellt die Stabsstelle Risikomanagement den Tagesreport. Adressaten sind u.a. der Vorstand und die für Handel, Überwachung und Revision zuständigen Bereichsleiter. Der Tagesreport umfasst neben der Risikoinformation die Tagesbestände und die Ist-Entwicklung.

Ad-hoc-Berichterstattung

Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden unverzüglich an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und die Interne Revision weitergeleitet. Für alle wesentlichen Risiken sind risikoartenspezifische Entwicklungen definiert, die einen Ad-hoc-Bericht auslösen (insgesamt 11 Ad-hoc-Meldungen, davon 4 aus dem Kreditgeschäft; Vorjahr: 4 Meldungen, 3 aus dem Kreditgeschäft). Das Aufsichtsgremium wurde in 2011 im Rahmen der Marktvolatilitäten viermal ad hoc informiert (Vorjahr: keine).

Risikomanagement der Risikoarten

Adressenrisiken

Adressenrisiken werden unterschieden in Adressenausfall- und Bonitätsrisiken. Dabei beinhaltet das Adressenausfallrisiko das Risiko eines Verlustes aufgrund des Ausfalls des Kreditnehmers. Das Bonitäts-

risiko spiegelt das Risiko von Verlusten aufgrund von Ratingverschlechterungen eines Geschäftspartners wider.

Dies umfasst neben dem klassischen Kreditausfallrisiko auch Emittenten- und Kontrahentenrisiken aus Handelsgeschäften.

Das Eingehen von Adressenrisiken im Kunden- und Eigenanlagengeschäft ist zentraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Stadtsparkasse. Die vom Vorstand festgelegte Risikostrategie wird jährlich überprüft, gegebenenfalls angepasst und mit den Gremien erörtert. Kernpunkt der Geschäfts- und Risikostrategie ist grundsätzlich die Begrenzung von Größenkonzentrationsrisiken.

Der Einsatz von Risikoklassifizierungsverfahren ist für die Stadtsparkasse bei der Adressenrisikosteuerung fundamental. Für Kunden der Stadtsparkasse werden überwiegend interne Ratingverfahren der -Risiko- und Ratingsysteme GmbH sowie der Rating Service Unit GmbH eingesetzt. Ergänzend werden externe Ratings verwendet. Die Bonität von Emittenten und Kontrahenten wird anhand von Ratings externer Ratingagenturen beurteilt. Die Risikoklassifizierungsverfahren werden auch in der Vertriebssteuerung eingesetzt, d. h. bei der risikoorientierten Margenkalkulation. Sie sind zudem vor allem im

risikorelevanten Bereich Grundlage des Kompetenzsystems der Stadtsparkasse.

Zur Quantifizierung, Limitierung und Analyse der Adressenrisiken setzt die Stadtsparkasse das Kreditrisikomodell Credit Portfolio View (CPV) ein. CPV bewertet Kredit- und Eigenanlagenrisiken, bildet Wechselwirkungen und Diversifikationseffekte innerhalb des Portfolios ab und berücksichtigt die Unsicherheit hinsichtlich künftiger Sicherheitenverwertungen sowie sonstiger zu erwartender Einbringungen. Es dient zudem der Identifizierung von Konzentrationsrisiken.

Verwertungsquoten auf Basis eigener Daten werden mittels einer integrierten Anwendung zur Verlustdatensammlung vom IT-Dienstleister automatisiert zur Verfügung gestellt.

Die Adressenrisiken (auf Portfolioebene) bewegten sich in 2011 stets innerhalb der festgelegten Limite.

Stresstests

Neben dem übergreifenden Globalszenario wird das Stressszenario einer regionalen Kredit- und Immobilienkrise berechnet.

Adressenrisiken im Kreditgeschäft

Den Schwerpunkt des Kreditportfolios

Kreditportfolio nach Kundengruppen

Kundengruppen	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Firmen- und Gewerbekunden	5.216	5.277
Privatkunden	3.876	3.958
Kommunen	1.648	1.520
Kreditinstitute	217	228
Sonstige	84	107
	11.041	11.090
Obligo (ohne manuell gepflegte Kreditzusagen, aufgrund von Kundengruppenumschlüsselungen in 2011 wurden zu Vergleichszwecken die Werte aus 2010 angepasst)		

bilden die Kreditgeschäfte mit Firmen-/Gewerbekunden sowie mit Privatkunden.

Manuell gepflegte Kreditzusagen betragen per 31.12.2011 ca. 306 Mio. Euro. Diese sind in die Risikomessung integriert.

Im Firmen- und Gewerbekundenportfolio findet sich als größtes Teilportfolio das Segment Grundstücks- und Wohnungswesen. Die Portfoliostruktur gibt die regionale Wirtschaftsstruktur des Standortes Düsseldorf wieder.

Firmen- und Gewerbekundenportfolio nach Branchen

Branchen	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Land- und Forstwirtschaft	23	23
Energie, Wasser, Bergbau	146	150
Verarbeitendes Gewerbe	446	446
Baugewerbe	266	243
Kraftfahrzeughandel	122	122
Großhandel	278	283
Einzelhandel	175	167
Verkehr und Nachrichten	287	296
Kredit- und Versicherungswesen	621	615
Gastgewerbe	129	126
Grundstücks- und Wohnungswesen	1.025	1.153
Dienstleistungen für Unternehmen	369	319
Beratung, Planung, Sicherheit	445	446
Öffentliche und private Dienstleistungen	245	221
Gesundheit und Soziales	248	241
Org. ohne Erwerbszweck	101	117
Bauträger	290	289
	5.216	5.277
Obligo (ohne manuell gepflegte Kreditzusagen)		

Portfolio nach Größenklassen

Größenklassen Tsd. €	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
unter 25	856	836
25 bis 50	277	273
50 bis 250	1.702	1.700
250 bis 750	1.297	1.354
750 bis 2.500	1.151	1.162
2.500 bis 5.000	648	712
5.000 bis 20.000	1.861	1.742
20.000 bis 50.000	1.132	1.190
über 50.000	2.117	2.121
Summe	11.041	11.090
Obligo (ohne manuell gepflegte Kreditzusagen)		

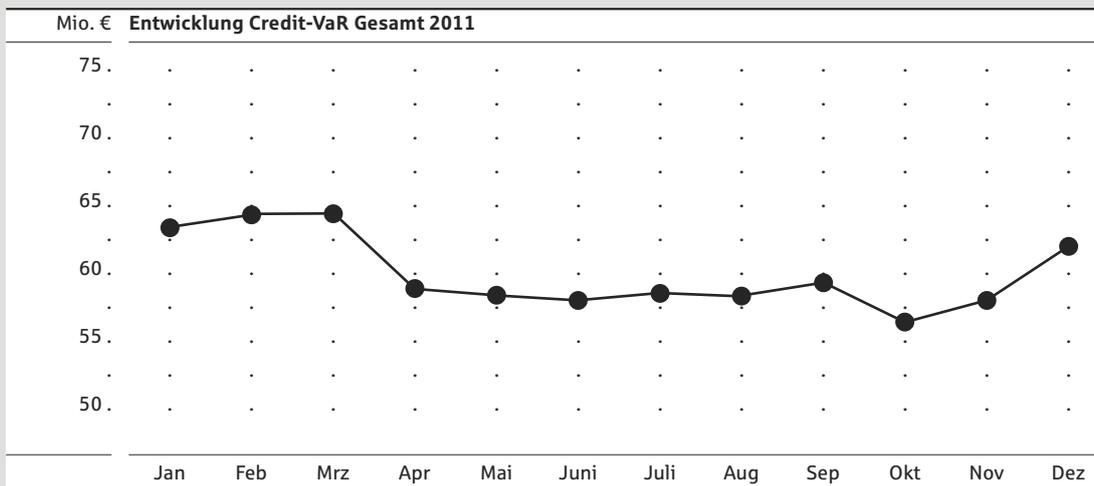
Die 10 größten Engagements im Kundenkreditgeschäft

Nr.	Rating	Branche	Obligo Mio. €	Marginaler VaR Mio. €
1	1	Inl. öffentl. Haushalte	294,1	< 0,01
2	1	Kreditinstitut	200,0	0,46
3	2	Kreditinstitut	195,0	< 0,01
4	1	Kreditinstitut	167,9	< 0,01
5	2	Kreditinstitut	143,6	0,01
6	1	Kreditinstitut (ausl.)	141,0	0,01
7	1	Kreditinstitut	134,9	0,09
8	2	Kredit- und Versicherungswesen	134,7	0,54
9	1	Kreditinstitut	132,6	0,02
10	3	Beratung, Planung u.a.	131,4	< 0,01

Marginaler VaR: anteiliger Value-at-Risk

Der Credit-Value-at-Risk (Credit-VaR) unter Einbeziehung des Eigenanlagenportfolios (Konfidenzniveau 99 %, ein Jahr Halte-

dauer) beträgt zum Jahresende 62 Mio. Euro (Vorjahr 111 Mio. Euro bei 99,9 % bzw. 66 Mio. Euro bei 99 %).



Die Ratingabdeckungsquote – bezogen auf das Kreditvolumen im originären Kundenkreditgeschäft – beträgt 99 % zum 31. Dezember 2011 (Vorjahr: 97,7 %).

Die durchschnittliche volumengewichtete Ausfallwahrscheinlichkeit des Kundenkreditportfolios (ohne Kreditinstitute und

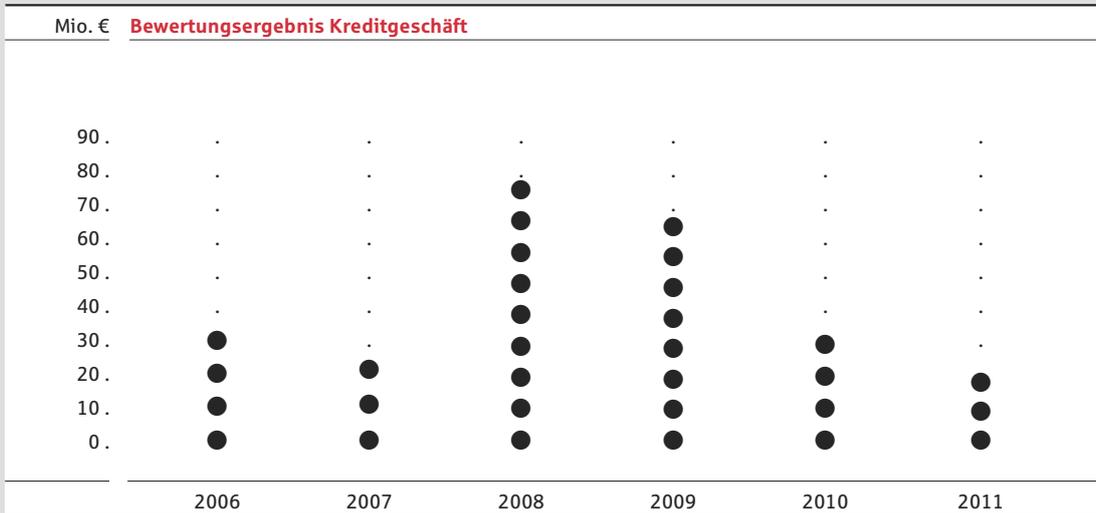
Kommunen) hat sich im Berichtsjahr von ca. 1,6 % auf ca. 1,3 % weiter verbessert. Bei der Ratinggliederung nach Volumen befinden sich zum Jahresende bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 15 ca. 87 % in den Kategorien 1 bis 8 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Geratetes Portfolio nach Ratingklassen

Ratingklassen	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Ratingklasse 1 bis 3	4.777	5.415
Ratingklasse 4 bis 6	2.722	2.488
Ratingklasse 7 bis 8	1.128	1.328
Ratingklasse 9 bis 10	815	662
Ratingklasse 11 bis 12	470	348
Ratingklasse 13 bis 15	372	327
	10.284	10.568
Obligo (ohne manuell gepflegte Kreditzusagen)		

Zur Abschirmung von konkret erkennbaren Ausfallrisiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet, um den bilanziellen Wertansatz der betroffenen Kredite entsprechend zu mindern. Hierzu wurden interne Regeln aufgestellt. Dies sind insbesondere Regelungen bzw. Kriterien für die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Einzelwertberichtigungen sowie die Definition von klaren Prozesswegen für die konkrete Bildung von Einzelwertberichtigungen. Alle erkannten Ausfallrisiken im Kreditgeschäft sind in ausreichendem Maße abgesichert. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist gegenüber 2010 deutlich gesunken und liegt unter den ursprünglichen Planzahlen.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich eine erhöhte Ausfallgefahr abzeichnet, wird ein auf Vorgaben des DSGVO entwickeltes Frühwarnsystem (FI-Standard) eingesetzt. Hierbei werden die auffälligen Kreditnehmer über eine Reihe von Merkmalen identifiziert, die größtenteils aus den vorhandenen Konto- und Systemdaten generiert werden können. Dabei werden alle risikorelevanten Informationen dieser Kreditnehmer zusammengestellt (quantitative und qualitative Merkmale), um den zuständigen Mitarbeitern eine Beurteilung der Risikolage zu ermöglichen. In Abhängigkeit der dann getroffenen Entscheidungslage erfolgt eine intensive Betreuung der entsprechenden Kreditnehmer.



Der Gesamtbestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist um 17,6 % auf 157 Mio. Euro gesunken. Der Rückgang ist auf die deutlich reduzierte Neubildung von Einzelwertberichtigungen zurückzuführen.

Das in der Sanierungsabteilung betreute Volumen ist 2011 um ca. 10,4 % gesunken.

Für 2012 sieht die Stadtsparkasse Düsseldorf keine signifikanten Änderungen in der Portfoliostruktur. Mit Blick auf das erwartete wirtschaftliche Szenario im Zusammenhang mit der Euroschuldenkrise wird in der Planung eine höhere Risikovorsorge als der Ist-Wert 2011 berücksichtigt.

Adressenrisiken aus Eigenanlagen

Die von der Stadtsparkasse gehaltenen Wertpapiere unterteilen sich strategisch in eigen- und fremdgemanagte Anlagen. Im Bereich der eigengemanagten Anlagen steht das Investment in Papiere mit gutem Rating (Investmentgrade: AAA bis BBB-) im Vordergrund. Bei dem fremdgemanagten Teil der Eigenanlagen (Publikums- und Spezialfonds) ist die Strategie, eine breite Streuung der Portfolios und damit Risiko-diversifizierung umzusetzen. Das Adressausfallrisiko wird als gering eingestuft.

Die risikoorientierten Limite für Wertpapieremittenten und Kontrahenten werden hinsichtlich der Auslastung durch die Stabsstelle Risikomanagement und im Hinblick auf Angemessenheit und Handlungsbedarf durch die Marktfolge Kredit überwacht. Zur Begrenzung von Kontrahentenrisiken werden auch Collateralvereinbarungen eingesetzt.

Ausfälle werden nicht erwartet. Investitionen in Griechenland wurden nicht eingegangen.

Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste, die sich aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussender Parameter an den Finanzmärkten ergeben können. Marktpreisrisiken umfassen damit neben den bei der Stadtsparkasse dominierenden Zinsänderungs-, Spread- und Aktienkursrisiken auch Währungs- und sonstige Kursrisiken sowie aus Volatilitätsveränderungen verursachte Änderungen von Optionspreisen.

Zur Absicherung von Marktpreisrisiken wurden neben bilanziellen Instrumenten auch Geschäfte zur Steuerung des Zins-

risikos im Bankbuch in Höhe von 5,10 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,54 Mrd. Euro) eingesetzt. Kundengeschäfte in Derivaten werden einzeln durch entsprechende Gegengeschäfte gesichert. Hierbei handelt es sich weit überwiegend um Swaps und Caps.

Stresstests

Um die Auswirkungen extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, führt die Stadtsparkasse quartalsweise Stressszenarien durch.

Weiterhin werden hinsichtlich Zinsänderungsrisiken die Auswirkungen einer fiktiven Zinssatzänderung (Basel-II-Zinsschock) von +130 Basispunkten bzw. -190 Basispunkten bzw. ab November 2011 in Höhe von + 200 Basispunkten und - 200 Basispunkten berechnet. Die Stadtsparkasse Düsseldorf ist kein Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken gem. Definition des BaFin-Rundschreibens vom 09.11.2011.

Struktur

Die Eigenanlagen (ohne Schuldscheine) haben ein Volumen (Marktwerte) von rd. 2,6 Mrd. Euro (Vorjahr: rd. 2,6 Mrd. Euro, jeweils ohne Beteiligungen). Der Bestand an Schuldscheinen beträgt 1,1 Mrd. Euro per 31.12.2011. Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf den Wertpapierbestand (ohne Schuldscheine).

Die Ratingstruktur der Schuldverschreibungen und anderen verzinslichen Wertpapieren im Bereich der eigengemanagten Finanzanlagen liegt mit 99 % (Vorjahr 99 %) auf Basis der Einstandswerte im Investmentgrade (AAA bis BBB-).

Nachfolgend werden die zehn größten Engagements im Geld- und Kapitalmarkt (Nominalwerte bzw. Kreditäquivalenzbeträge) dargestellt:

Die 10 größten Engagements im Geld- und Kapitalmarktgeschäft – Nominalwerte bzw. Kreditäquivalenzbeträge

Nr.	Emittenten-Rating	Branche	Wertpapiere Mio. €	OTC-Derivate Mio. €	Depositen Mio. €	Summe Mio. €	davon gedeckt Mio. €
1	BBB+ (S&P)	Kreditinstitut	195	0	0	195	195
2	A+ (Fitch)	Kreditinstitut	150	14	0	164	164
3	A2 (Moody)	Kreditinstitut	125	0	0	125	125
4	Baa1 (Moody)	Kreditinstitut	117	4	0	121	121
5	A+ (Fitch)	Kreditinstitut	110	0	0	110	110
6	Baa1 (Moody)	Kreditinstitut	100	0	0	100	100
7	A+ (Fitch)	Kreditinstitut	100	0	0	100	100
8	A+ (Fitch)	Kreditinstitut	80	18	0	98	98
9	AAA (Fitch)	Bundesland	94	0	0	94	94
10	A+ (Fitch)	Kreditinstitut	85	4	0	89	89

Andererseits wird ein weiteres gut diversifiziertes Wertpapierportfolio mit Anleihen unterschiedlichster Emittenten, Aktien und alternativen Investments in Spezialfonds von spezialisierten Managern gesteuert. Finanzanlagen, die in Spezialfonds gehalten werden, weisen zum 31. Dezember 2011 einen Marktwert von rd. 561 Mio. Euro (Vorjahr: rd. 755 Mio. Euro) aus. Im Wesentlichen ist der Rückgang der Marktwerte auf risikoreduzierende Maßnahmen zurückzuführen.

Messung

Zur Messung der Marktpreisrisiken aus Eigenanlagen verwendet die Stadtsparkasse das Value-at-Risk-Modul der Software SimCorp Dimension. Als Datenquellen für Kurse, Renditen und Volatilitäten sowie die eigene Ermittlung von Risikoparametern nutzt die Stadtsparkasse neben SimCorp Dimension der Finanz Informatik GmbH & Co. KG die Datenanbieter Reuters und Bloomberg.

Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Risiksimulation zur Vermeidung von Autokorrelationen auf einer Haltedauer von einem Tag. Dieser 1-Tages-VaR wird in der periodischen Sicht (95 % Konfidenzniveau) auf 1 Jahr hochskaliert. In der wertorientierten Sicht (99,0 % Konfidenzniveau) wird der 1-Tages-VaR ebenfalls auf 1 Jahr hochskaliert. Es wird in beiden Sichten ein

Betrachtungszeitraum von 500 Tagen zu Grunde gelegt.

Ein Backtesting der Marktpreisrisikomessung für Eigenanlagen führt die Stadtsparkasse regelmäßig durch. Die volatilen Finanzmärkte führten im zweiten Halbjahr 2011 zu vermehrten Backtestingausreißern, so dass ein Backtestingaufschlag erhoben werden musste. Für 2012 wurde das Risikomessverfahren neu kalibriert.

Der maximale Value-at-Risk für 2011 (gleichzeitig Stand per 31.12.2011) beträgt für Zinsänderungsrisiken 176,4 Mio. Euro. Für Spreadrisiken beträgt der maximale Value-at-Risk 101,7 Mio. Euro für 2011 und 76,8 Mio. Euro per 31.12.2011. Das sonstige Marktpreisrisiko beträgt maximal 78,1 Mio. Euro und 73,7 Mio. Euro per 31.12.2011.

VaR-Simulation

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2011 Mio. €
Marktpreisrisiko Treasury-Portfolios*	- 21,0	- 73,7
Spreadrisiko Treasury-Portfolios	ab 01.01.2011	- 76,8
Zinsänderungsrisiko Zinsbuch**	- 218,5	- 176,4
<p>* Treasury-Portfolios: 2010: 10 Tage Haltedauer (1 Tag mit Wurzelfunktion hochskaliert) / 99,9 % Konfidenz 2011: 250 Tage Haltedauer (1 Tag mit Wurzelfunktion hochskaliert) / 99,0 % Konfidenz ohne zinstragende Bestände (im Zinsbuch ausgewiesen) Konfidenzniveau bei einem Betrachtungszeitraum von 500 Tagen (nicht überlappend)</p> <p>** Zinsbuch: 2010: 250 Tage Haltedauer (1 Tag mit Wurzelfunktion hochskaliert) / 99,9 % Konfidenz ohne zinstragende Bestände der Treasury-Portfolios 2011: 250 Tage Haltedauer (1 Tag mit Wurzelfunktion hochskaliert) / 99,0 % Konfidenz kompletter Zinsbuchbestand (inkl. Treasury-Portfolios) Konfidenzniveau bei einem Betrachtungszeitraum von 500 Tagen (nicht überlappend)</p>		

Die Limite für Marktpreisrisiken wurden im Geschäftsjahr 2011 aufgrund der Marktvolatilitäten an einzelnen Tagen überschritten. Als Reaktion hierauf wurden Limite reallokiert sowie Risikopositionen reduziert. Das Gesamtlimit war zu keiner Zeit überschritten.

Für das kommende Jahr erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf – im Vergleich zum Jahresendniveau – eine ähnliche Marktvolatilität bei den Marktpreisrisiken. Diese Einschätzung beruht darauf, dass die europäische Staatsschuldenkrise noch nicht beendet ist. Die bisher ergriffenen Maßnah-

men (Rettungsschirm, Finanzunion) sind in ihrer Wirkung begrenzt bzw. mittel- bis langfristig ausgelegt. Eine Rezession in Europa, die diesen negativen Trend noch verschärfen könnte, ist nicht ausgeschlossen.

Die Stadtsparkasse Düsseldorf verfolgt daher ihre Strategie weiter. So liegt in der Liquiditätsreserve Renten der Schwerpunkt der Investments auf gedeckten Wertpapieren. Die Emittenten sind zu 99 % mit einem Rating im Investmentgrade (AAA – BBB) bewertet. Des Weiteren wird bei den Spezialfonds zur kurzfristigen Risikoreduktion ein Overlay-Management (Vorgaben an den Fondsmanager; Future oder Kasse) eingesetzt. Diese Maßnahmen können sich z. B. an der Markteinschätzung, der aktuellen Performance und der Risikosituation orientieren.

Zinsänderungsrisiko

Die Stadtsparkasse geht zum Erreichen ihrer Ertragsziele Zinsänderungsrisiken ein. Zinsänderungen wirken zum einen auf den Zinsüberschuss (GuV-Ebene), zum anderen auf den Barwert zinssensitiver Positionen (Vermögensebene). Die Stadtsparkasse setzt dementsprechend unterschiedliche Verfahren zur Risikomessung auf GuV- und Vermögensebene ein.

Ergänzend zur Risikoberechnung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts werden alle zinstragenden Kunden- und Eigengeschäfte zum Zinsbuch zusammengefasst und analysiert. Dabei wird untersucht, ob die Cashflowstruktur ausgeglichen ist und die Risiko-Rendite-Relation auf der Effizienzlinie liegt.

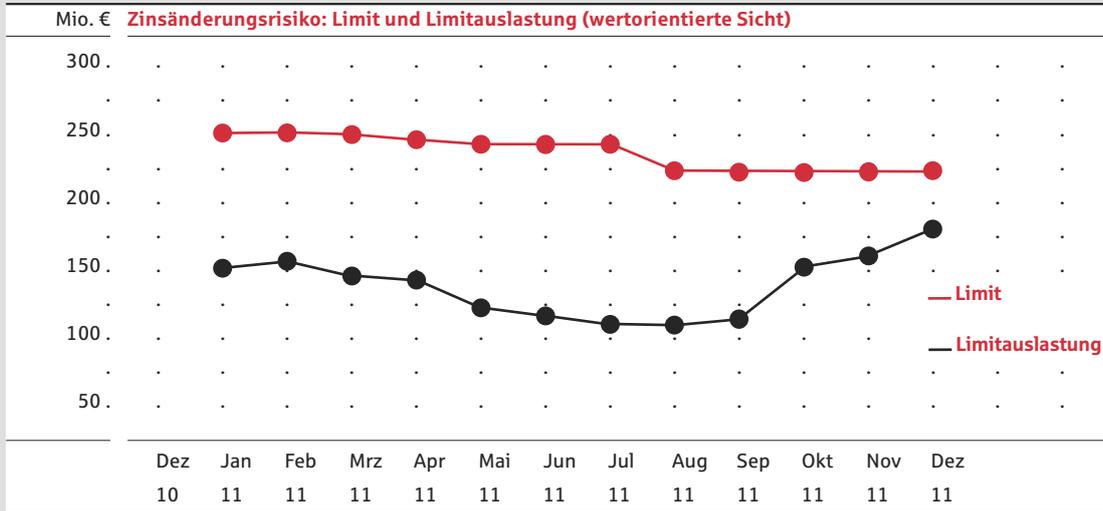
Zur Steuerung des Zinsbuches wird eine risikomindernde Strategie verfolgt. Im Wesentlichen wird mit der semiaktiven Steuerung eine Mischform zwischen der rein passiven und der rein aktiven Steuerung festgelegt. Dabei werden folgende Ziele verfolgt:

- Grundsätzliche Orientierung an einer adäquaten Zielstruktur als langfristige, strategische Grundposition (passivische Grundschrift) über die Festlegung einer Benchmark
- Partizipieren an positiven Entwicklungen auf den Kapitalmärkten; gleichzeitig Möglichkeit zum Gegensteuern bei negativen Veränderungen (Umsetzung durch Vorgabe eines Abweichungskorridors von der passiven Grundschrift im Rahmen aktiver, kurzfristig orientierter Steuerungsmaßnahmen)
- Generierung nachhaltiger Erträge aus der Fristentransformation

Die aktive Schicht wird in Abhängigkeit von der Zinsprognose bzw. Hauszinsmeinung gesteuert. Im Rahmen von vier Szenarien können dabei Abweichungen in den einzelnen Laufzeitbändern zugelassen werden. Basis ist ein entsprechender Vorstandsbeschluss.

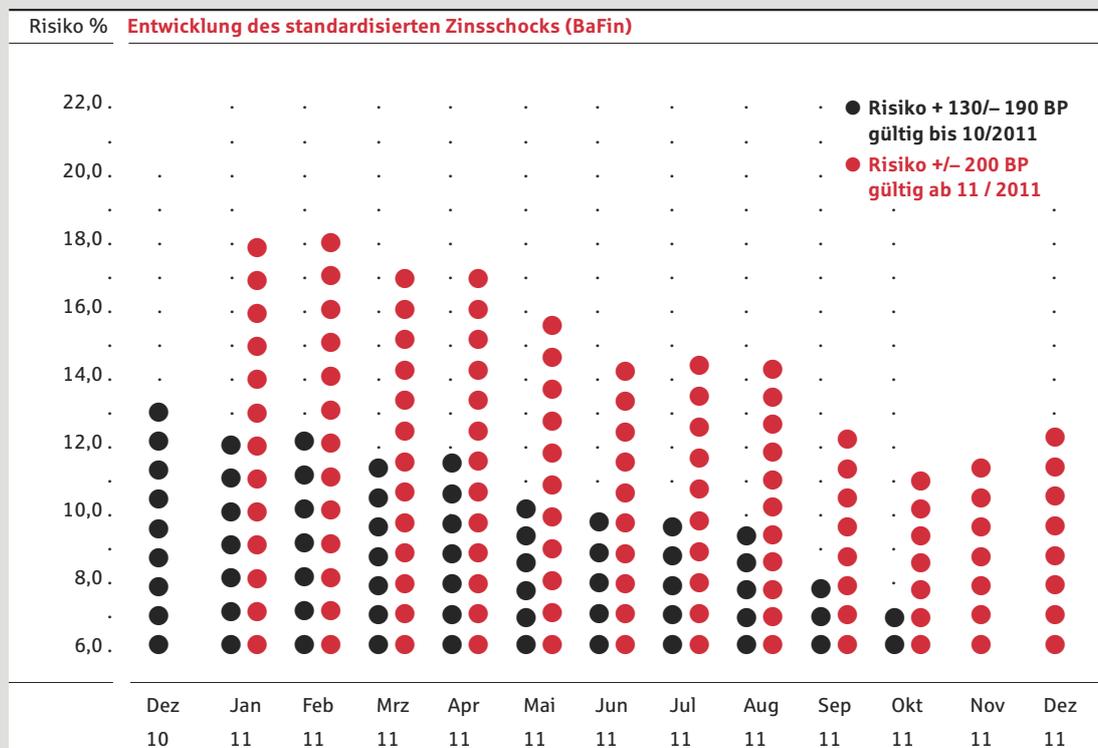
Zur Risikoabbildung der Zinsbuchsteuerung werden folgende Limitarten geordnet und monatlich im Rahmen des Risiko-Cockpits reportet:

- das wertorientierte Limit für Zinsänderungsrisiken
- das periodische Limit für das Zinsspannenrisiko
- das maximale Basispunktrisiko
- die daraus abgeleitete Grenze für den Basel II-Stresstest i.V.m. der Festlegung einer 90 %-Warnschwelle



Das Risiko aus der Simulation des standardisierten Zinsschocks der BaFin (+ 130 Basispunkte beziehungsweise - 190 Basispunkte und jeweils +/- 200 Basispunkte ab November 2011) lag auch in 2011 jederzeit unter den von der BaFin als meldepflichtig festgelegten 20 % des haftenden Eigenkapitals und innerbeziehungsweise unterhalb des von der

Stadtsparkasse in der Zinsrisikostrategie festgelegten Zielkorridors. Die Barwertänderung beträgt bei + 200 Basispunkten - 125,2 Mio. Euro per 31.12.2011. Dies entspricht 12,7 % des haftenden Eigenkapitals (Vorjahr +130 bp: -131,4 Mio. Euro = 13,2 %) und liegt damit deutlich unter der aufsichtsrechtlichen Meldeschwelle (Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken) von 20 %.



Auf GuV-Ebene wird das Zinsspannenrisiko mit Hilfe der Software GuV-Planer berechnet. Zusätzlich wird die Auswirkung eines 1%igen Zinsanstiegs/-rückgangs (ad hoc) simuliert.

In die Zinsspannenrisikosimulation fließt additiv die Liquiditätssicht ein. Dabei werden zwei Liquiditätsszenarien betrachtet. Im Szenario I „Austrocknung des Interbankenmarktes“ wird die Differenz zwischen dem Zinssatz der kurzfristigen Interbankenrefinanzierung und dem EZB-Refinanzierungssatz bezogen auf das Durchschnittsvolumen berechnet. Im Szenario II „Bankrun“ wird die Auswirkung verdoppelter Gewichtungssätze des Liquiditätsgrundsatzes für die Positionen Sichteinlagen Kreditinstitute und Kunden sowie Spareinlagen für das GuV-Ergebnis ermittelt. Das höhere Risiko aus den beiden Szenarien wird additiv zum Zinsüberschussrisiko aufgeschlagen.

Auf der Vermögensebene werden die Zinsänderungsrisiken für Kundenforderungen/ Verbindlichkeiten mit Hilfe der Software -Treasury berechnet.

Seit September 2011 sind die impliziten Optionen aus den Zuwachssparverträgen in die Zinsbuchsteuerung implementiert. Es ist vorgesehen, sukzessive weitere Kundenprodukte mit Kündigungsmöglichkeiten (Sonderkündigungsrechte Kredit, BGB-Kündigungsrechte) in die Zinsbuchsteuerung zu integrieren. Im Gegensatz zu den Optionen aus dem Zuwachssparen wirken sich diese Optionen jedoch risikoreduzierend aus. Bis zur (technischen) Umsetzung in der Zinsbuchsteuerung werden die Kündigungsoptionen (BGB-Kündigungsrecht im Kreditgeschäft) weiterhin als Abzugsposten in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Bei den wertorientierten Zinsänderungsrisiken wird die Risikosimulation analog den Marktpreisrisiken zur Vermeidung von Autokorrelationseffekten auf Basis einer Haltedauer von 1 Tag berechnet (Konfidenzniveau 99,9 %, ab 2011 99,0 %). Die Hochskalierung erfolgt dann auf 1 Jahr.

Variable Produkte fließen mit Hilfe der Methode der gleitenden Durchschnitte ein, die einmal jährlich aktualisiert werden. Die Mischungsverhältnisse werden hierbei entweder mathematisch abgeleitet oder auf Basis von Referenzzinsen festgelegt.

Weiterhin wird zur operativen Steuerung ein Limit auf Ebene des Basispunktrisikos festgelegt.

Die Risikomessung erfolgt sowohl in der periodischen als auch in der wertorientierten Sicht monatlich.

Für das kommende Jahr erwartet die Stadtparkasse Düsseldorf aufgrund des historisch sehr niedrigen Zinsniveaus tendenziell eher Zinssteigerungen in mittleren und langen Laufzeiten. Über die beschriebene semiaktive Steuerungssystematik können mittels aktiver Maßnahmen (z. B. Abschluss von risikoreduzierenden Payer-Swaps) kurzfristig Risiken reduziert werden.

Bewertungseinheiten gem. § 254 HGB

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungs-

standards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermittelt die Stadtparkasse Düsseldorf für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Dabei wird nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen differenziert.

Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der so genannten "Einfrierungsmethode" außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bildet die Stadtparkasse Düsseldorf für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Sofern im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, wird ein vollständiger Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode) unterstellt.

Dieses Verfahren wird insbesondere zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung angewendet. Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zu Grunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. der Sicherungsabsicht und der Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurden die folgenden Posten einbezogen.

Posten	Einbezogener Betrag in Mio. €	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko
Vermögensgegenstände, davon			
Forderungen gegenüber Kunden	13	Microhedge	Zinsänderungsrisiko
Schulden, davon			
Schuldscheindarlehen	20	Microhedge	Zinsänderungsrisiko
Schwebende Geschäfte, davon			
Zinsoptionen	1.559	Microhedge	Zinsänderungsrisiko
Festzins-Swaps	188	Microhedge	Zinsänderungsrisiko

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtnominalbetrag von 890 Mio. Euro (Vorjahr 899 Mio. Euro) abgesichert.

Die folgende Aufstellung zeigt eine Übersicht des möglichen künftigen Ausgleichs gegenläufiger Wertänderungen. Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes bzw. des Sicherungsgeschäftes.

Risiko		Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	Prospektive Effektivität
	Art	Art	Betrag in Mio. €	Art	Betrag in Mio. €		
Zins	Zinsänderungsrisiko	Festverzinsliches Darlehen	13	Swap	13	Microhedge	Critical Term Match
		Schuldscheindarlehen	20	Swap	20	Microhedge	Critical Term Match
		Swap	763	Swap	763	Microhedge	Critical Term Match
		Zinsoptionen	94	Zinsoptionen	94	Microhedge	Critical Term Match

Währungsrisiken

Währungsrisiken werden – bezogen auf originäre Positionen der Stadtsparkasse – als unwesentliches Risiko angesehen. Sie bestehen vor allem aufgrund von Investments in Private Equity Fonds auf Fremdwährungsbasis (siehe auch Ausführungen zu nachfolgenden Beteiligungsrisiken). Finanzanlagen in Fremdwährung innerhalb der Wertpapiersondervermögen werden im Wesentlichen regelmäßig durch Devisentermingeschäfte gesichert.

Beteiligungsrisiken

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Stadtsparkasse die Gefahr des Verlustes

aufgrund von Wertminderungen oder Ausfällen der eingegangenen Beteiligungen.

Das Beteiligungsgeschäft der Stadtsparkasse umfasst direkte und indirekte Beteiligungen. Das Beteiligungsvolumen nach Buchwerten beträgt 506,0 Mio. Euro per 31.12.2011 (Vorjahr 493,1 Mio. Euro).

Die Risikomessung und -beurteilung von Beteiligungsrisiken erfolgt je nach Beteiligungsart unterschiedlich. Dabei kommen Verfahren nach Basel II (Gordy-Modell), Indexverfahren oder die Ableitung von Volatilitäten zum Einsatz.

Das zugeordnete wertorientierte Limit betrug 93,0 Mio. Euro.

Beteiligungsportfolio nach Buchwerten

	31.12.2010	31.12.2011
Beteiligungsportfolio	Mio. €	Mio. €
Verbundbeteiligungen	181,4	170,3
Strategische Beteiligungen	28,0	18,8
Renditeorientierte Beteiligungen	283,7	316,9
Summe	493,1	506,0

Neben anderen Beteiligungen beinhaltet das Beteiligungskapital am RSGV auch Anteile an der WestLB. Hier besteht das Risiko, dass die Stadtsparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Stadtsparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der anteiligen bilanziellen Vorsorge beträgt insgesamt ca. 171 Mio. Euro.

Für Fondsinvestments der Equity Partners GmbH (EP) wird das Ausfallrisiko im Bereich Fund-of-Funds aufgrund des hohen Diversifikationsgrades über die Gesamtlaufzeit eines Fonds als grundsätzlich eher gering eingeschätzt. Die sich durch in US-Dollar notierenden Fondsinvestments ergebenden Währungskursschwankungen sichert der Konzern ab.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu den Beteiligungen verwiesen.

Immobilienrisiken

Risiken dieser Rubrik beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Stadtparkasse (Gebäude und Grundstücke in Düsseldorf bzw. Monheim) und umfassen deren Wertverlustrisiken.

Die Ermittlung der Risikowerte basiert auf den regelmäßig überprüften Verkehrswerten der Immobilien und der Anwendung eines Index-Modells analog den Beteiligungsrisiken.

Für 2011 wurde dasselbe Limit wie im Vorjahr in Höhe von 5 Mio. Euro berücksichtigt. Das Risiko wird als gering eingeschätzt. Ab 2012 wird dieses Risiko als unwesentliches Risiko eingeschätzt. Es wird damit künftig nicht mehr in der wertorientierten Sichtweise limitiert und gemessen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Identifikation von operationellen Risiken erfolgt mit Hilfe des vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband empfohlenen Verfahrens der „Risikoinventur“ und der „Schadensfalldatenbank“.

Durch Regelung von Prozessen, Kontrollen und Kompetenzen werden Risiken vermieden bzw. vermindert. Soweit möglich und unter Kosten-Nutzen-Kalkül werden Risiken versichert (Gebäudeversicherung, Personalgarantieversicherung, Haftpflicht etc.). Die Übertragung auf Dritte (z. B. Aufgaben, Prozesse) im Rahmen von Outsourcing reduziert operationelle Risiken in der Stadtparkasse Düsseldorf selbst.

Jedoch tritt an diese Stelle das Risiko, dass der Outsourcingpartner seine Leistungen in vereinbarter Form nicht erbringt. Dieses Risiko wird durch einen geregelten Outsourcingprozess inkl. Risikoanalyse und Bericht reduziert und überwacht. Im Übrigen werden die Risiken von der Stadtparkasse Düsseldorf getragen. Im wertorientierten Risikotragfähigkeitskonzept wird Risikodeckungspotenzial in Höhe des Basisindikatorenansatzes gem. SolvV reserviert.

In der operativen Umsetzung verantwortet der Zentralbereich Organisation notwendige Notfallkonzepte, die den Umgang mit operationellen Risiken festlegen, die in der internen Infrastruktur und durch externe Einflüsse entstehen können. Die Konzepte enthalten organisatorische und technische Regelungen, durch die eine einheitliche Vorgehensweise in einem Katastrophenfall sichergestellt wird. Des Weiteren werden die Aufgabenfelder Betriebssicherheit, Arbeitsplatzsicherheit und IT-Sicherheit im Zentralbereich Organisation umgesetzt.

Die Leiter der Geschäfts- und Zentralbereiche sind für das Management der operationellen Risiken (insbesondere operationeller Risiken im Bereich von Mitarbeitern und internen Verfahren) ihrer Organisationseinheit verantwortlich. Im Übrigen berichtet auf Gesamtbankebene die Stabsstelle Risikomanagement über eingetretene Schäden und die periodische Risikoinventur.

Für jede Outsourcingmaßnahme ist ein fachlich Verantwortlicher benannt, der die Überwachung und Steuerung übernimmt. Auf dieser Basis erfolgt u. a. jährlich eine Bewertung durch den zentral verantwortlichen Outsourcingbeauftragten. Dieser berichtet an den Vorstand.

Bei den als wesentlich eingestuften Auslagerungen bestehen Risikokonzentrationen

hinsichtlich des IT-Dienstleisters sowie der Wertpapierabwicklung. Diese Konzentrationen treffen auf nahezu alle Sparkassen Deutschlands zu. Zur Steuerung werden umfassende Informations-, Eskalations- und Notfallverfahren eingesetzt. Weitere Risikokonzentrationen sind derzeit nicht zu erkennen.

Der Schutz vor unberechtigten Zugriffen und vertraulichen Informationen wird im Rahmen der Umsetzung der Informationssicherheitsleitlinie gewährleistet. Mit Hilfe der Informationssicherheitsleitlinie werden die Rahmenbedingungen für die Informationssicherheit der Stadtsparkasse Düsseldorf definiert. Die Leitlinie unterstützt die Geschäfts- und Risikostrategie der Stadtsparkasse Düsseldorf.

Sie beinhaltet

- die Grundsätze der Informationssicherheit
- die grundlegende Sicherheitsorganisation
- Vorgaben zur Durchsetzung der Informationssicherheits-Leitlinie und
- Regelungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Die eingerichteten Zugriffsberechtigungen dürfen nicht im Widerspruch zur organisatorischen Zuordnung von Mitarbeitern stehen. Insbesondere bei Berechtigungsvergaben im Rahmen von Rollenmodellen wird darauf geachtet, dass Funktionstrennungen beibehalten beziehungsweise Interessenkonflikte vermieden werden.

Die IT-Systeme werden auf Basis eines Klassifizierungsverfahrens vor ihrem erstmaligen Einsatz und nach wesentlichen Veränderungen getestet und von fachlich sowie technisch zuständigen Mitarbeitern abgenommen.

Das wertorientierte Limit ist wie im Vorjahr nach den Regelungen gem. § 270 Solvabilitätsverordnung (Basisindikatoransatz) mit 54 Mio. Euro (Vorjahr: 52 Mio. Euro) festgelegt.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 754 Schadensfälle (Vorjahr: 1.022) in der Schadensfalldatenbank erfasst worden. Davon ist wie im Vorjahr kein Schadensfall als bedeutend einzustufen.

Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse sowie des vorhandenen Regelwerks geht die Stadtsparkasse Düsseldorf weiterhin von einem moderaten Risiko aus, welches durch das vorhandene Limit umfangreich abgedeckt ist.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst analog den aktuellen MaRisk-Anforderungen das Zahlungsunfähigkeitsrisiko, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquidierungsrisiko.

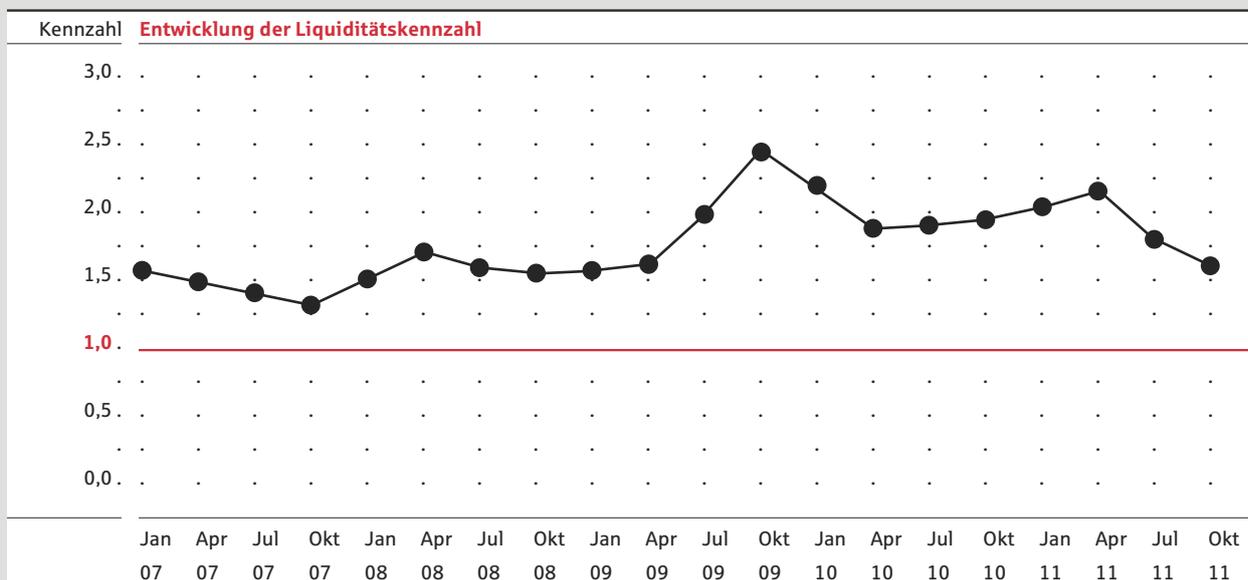
Dabei bezeichnet die Stadtsparkasse Düsseldorf mit Zahlungsunfähigkeitsrisiko die aktuelle oder zukünftige Gefahr, Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht und/oder nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Unter Refinanzierungsrisiko wird die Gefahr höherer Refinanzierungskosten verstanden. Das Marktliquiditätsrisiko beinhaltet die mögliche mangelnde Liquidität von Produkten und Märkten mit der Folge, dass Positionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht ohne Wertabschlag liquidiert oder durch Gegenstände glattgestellt werden können.

Für die Aufgaben des operativen Liquiditätsrisikomanagements ist der Geschäftsbereich Asset Management zuständig, die Funktion des Liquiditätsrisikocontrollings wird durch die Stabsstelle Risikomanagement ausgeübt.

Das operative Liquiditätsrisikomanagement umfasst die tägliche Liquiditätssteuerung, die Liquiditätsplanung, die Beobachtung der Refinanzierungskosten, die Erschließung neuer Refinanzierungsquellen und die Strukturierung der Aktiva/Passiva. Zu den Aufgaben des Liquiditätsrisikocontrollings zählen die Überwachung und

Dokumentation der Liquiditätsrisikopositionen sowie die Überwachung und das Risikoreporting der Liquiditätsrisiken an den Vorstand.

Zur Beurteilung des allgemeinen Liquiditätsrisikos orientiert sich die Sparkasse u. a. an der Liquiditätskennzahl der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Im Jahresverlauf 2011 schwankte diese monatlich ermittelte Kennziffer zwischen 1,58 und 2,08 und liegt damit durchgehend deutlich über dem Mindestwert von 1,00.



Die Sparkasse kombiniert den durch die Liquiditätsverordnung erfüllten quantitativen Ansatz der jederzeitigen Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit mit qualitativen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement. Hierzu gehören die Definition eines Engpasses, vorgelagerter Schwellenwerte und die Überwachung des Liquiditätsbedarfs. Des Weiteren ist ein Frühwarnverfahren definiert worden (z. B. Unterschreiten der internen Mindestliquiditätskennzahl, deutlicher Rückgang der Refinanzierungszusagen).

Zusätzlich wird im Falle eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan vorgehalten, mit dem kurzfristig Liquidität beschafft werden kann. Damit wird bei einer Krisensituation u.a. die Reaktionszeit deutlich verkürzt. Bei einem Liquiditätsengpass übernimmt ein internes Krisengremium die Steuerung des Liquiditätsrisikos. Es setzt sich zusammen aus dem Geldhändler und dem Leiter des Geschäftsbereiches Asset Management. Die Leiter Risikomanagement, Innenrevision sowie Strategische Planung stehen dem Krisengremium beratend zur Seite. Die zuständigen Vorstandsmitglieder werden laufend informiert.

Sofern im Notfall Maßnahmen erforderlich werden, kommen z. B. in Betracht:

- Veräußerung von Eigenanlagen und ggf. sonstiger Aktiva (Schuldscheine)
- Beleihung von Eigenanlagen (Liquiditätsreserve und ggf. sonstige Aktiva) über Bundesbank oder GC-Pooling (besicherter Geldhandel)
- ggf. erhöhte Refinanzierungsanfragen bei Landesbanken, anderen Sparkassen sowie weiteren Banken
- nur noch Ankauf von Assets mit erstklassiger Liquidierbarkeit
- Rückführung Geldmarktanlagen
- verstärkte Akquisition von Kundeneinlagen/Emission von Pfandbriefen etc.

Weiterhin erfolgt die Überwachung eines Liquiditätspuffers, d. h. ein selbst definiertes Mindestvolumen an vorzuhaltender Liquidität in Form eines freien Verfügungsrahmens im Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) und hochliquiden und unbelasteten Wertpapieren.

Zur Beurteilung der Liquidität unter dem Einfluss von unerwarteten Ereignissen führt die Sparkasse monatlich Szenariobetrachtungen durch, die sowohl instituts- als auch marktspezifische Aspekte enthalten. Im Rahmen dieser Betrachtung werden die vier Szenarien ("Kapitalmarktkrise", "Bankrun", "Wirtschaftskrise" und "Stressszenario") auf ihre Auswirkungen auf die Liquiditätskennziffer untersucht. Zudem werden die Effekte aus dem auf Gesamtbankebene gerechneten Stressszenario "Liquiditätsrisiko: Reputations-schaden" betrachtet. Der Stressfall dient der Darstellung der Auswirkungen einer extremen Liquiditätskrise der Sparkasse als Folge eines extremen Reputationsverlustes (Sicherung Zahlungsfähigkeit und Abschätzung Refinanzierungsschäden). Es erfolgt die Simulation von Ergebniseffekten bzw. das Aufzeigen des Schadens. Das Szenario unterstellt u.a. eine Stressbilanzstruktur (Abzug von frei verfügbaren Kundeneinlagen).

Das Marktliquidierungsrisiko wird vor allem über die Beleihbarkeit von Wertpapieren, Schuldscheinen von Bundesländern und Kommunalkrediten bei der Bundesbank minimiert.

Auf Basis der Refinanzierungsstrategie und der Ergebnisse der Szenariobetrachtungen erwartet die Sparkasse auch weiterhin eine solide Liquiditätssituation. Die Liquiditätssituation der Sparkasse ist als zufriedenstellend zu beurteilen.

Sonstige Risiken

Die Sparkasse Düsseldorf sieht sich vor allem aufgrund des dynamischen Wirtschaftsstandortes Düsseldorf mit breiter Branchenstruktur, überdurchschnittlicher Kaufkraft und hoher Attraktivität, dem hohen Image der Marke Sparkasse und der Einbindung in die -Finanzgruppe keinen wesentlichen strategischen Risiken ausgesetzt.

Absatzrisiken werden im Rahmen der Vertriebssteuerung gemanagt. Der strategischen Positionierung gegen Absatzrisiken dienen das breite Produktangebot, die regionale Heterogenität, die Nutzung unterschiedlicher Vertriebswege und Kundenbindungskonzepte.

Der Gefahr steigender Kosten begegnet die Sparkasse durch ein Budgetierungsverfahren und laufende Überwachung der Kostenentwicklung. Kostenrisiken werden im Rahmen eines wertorientierten Verfahrens vom Risikodeckungspotenzial abgezogen.

Strategisch positioniert sich die Sparkasse über die laufende Optimierung der Prozesse, geeignete Outsourcingmaßnahmen und eine mittelfristig angelegte Steuerung der Personalkapazitäten.

Zur Berücksichtigung strategischer Risiken werden im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses die Grundlagen des Geschäftsmodells überprüft und die notwendigen strategischen Impulse entwickelt.

Unter Reputationsrisiko versteht die Sparkasse Düsseldorf die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, die Liquiditätssituation o. ä. das öffentliche Vertrauen in die Sparkasse negativ beeinflusst wird. Das Risiko ist grundsätzlich durch die Geschäftsstrategie, die Auswahl der

Geschäfte, die Verhaltensregeln und internen Prozesse auszuschließen.

Gesamtrisikosituation

Die Sparkasse steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt ihrer Geschäfte entspricht.

Im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit stellt die Sparkasse per 31.12.2011 mit einem Gesamtlimit von 694 Mio. Euro nur einen Teil des Risikodeckungspotenzials zur Verfügung. Das Gesamtlimit war in der Summe der Einzelrisiken zum 31.12.2011 zu ca. 77 % ausgelastet. Limiterhöhungen für gestiegene Risiken konnten aus dem nicht verplanten Risikodeckungspotenzial dotiert werden.

Unter der Annahme, dass in der periodischen Risikotragfähigkeit alle Limite des laufenden Jahres ausgelastet werden und auf die GuV durchschlagen, werden die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen gewährleistet. Die Risikotragfähigkeit ist mit Blick auf 2012 weiterhin gegeben.

Der Gesamtbestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist um 17,6 % gesunken. Die durchschnittliche volumengewichtete Ausfallwahrscheinlichkeit des Kundenkreditportfolios (ohne Kreditinstitute und Kommunen) hat sich im Berichtsjahr von ca. 1,6 % auf ca. 1,3 % weiter verbessert. Bei der Ratinggliederung nach Volumen befinden sich zum Jahresende bezogen auf die Ratingkategorien 1 bis 15 ca. 87 % in den Kategorien 1 bis 8 mit geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten. Für 2012 sieht die Sparkasse Düsseldorf keine signifikanten Änderungen in der Portfoliostruktur. Mit Blick auf das erwartete wirtschaftliche Szenario im Zusammenhang mit der Euroschuldenkrise wird dennoch sowohl in der Unternehmensplanung als auch in der Risikotragfähigkeit eine erhöhte Risikovorsorge eingeplant.

Marktpreisrisiken wurden in 2011 im Rahmen der zugeordneten Limite bei konservativer Messmethodik eingegangen. Für das kommende Jahr erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf – im Vergleich zum Jahresendniveau – eine ähnliche Marktvolatilität bei den Marktpreisrisiken. Aufgrund des historisch sehr niedrigen Zinsniveaus rechnet die Stadtsparkasse Düsseldorf tendenziell eher mit Zinssteigerungen in mittleren und langen Laufzeiten. Mit der semiaktiven Steuerungssystematik über aktive Maßnahmen können jedoch kurzfristig Risiken reduziert werden.

Bei den Beteiligungen ist auf das Risiko hinzuweisen, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf entsprechend ihrem Anteil am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Verbindung mit der WestLB AG in Anspruch genommen werden kann.

Bei operationellen Risiken ist aufgrund der bisherigen Erkenntnisse sowie des vorhandenen Regelwerks weiterhin von einem moderaten Risiko auszugehen, welches durch das vorhandene Limit umfangreich abgedeckt ist.

Die Liquiditätssituation der Stadtsparkasse Düsseldorf ist als zufriedenstellend zu beurteilen.

F. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Daher können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse wesentlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Die deutsche Wirtschaft hat zum Ende des vergangenen Jahres einen kleinen

Dämpfer (- 0,2 % im 4. Quartal) hinnehmen müssen. Die im Januar veröffentlichten Wachstumsprognosen der Deutschen Bundesbank und der Bundesregierung haben unter dem Eindruck der schlechten Ergebnisse des 4. Quartals geringe Wachstumserwartungen für 2012 vorhergesagt, nämlich unter 1 %.

Nach den Indikatoren in den ersten Wochen des Jahres 2012 sind die Aussichten gestiegen, dass die deutsche Volkswirtschaft auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt ist. Das Ifo-Geschäftsklima und die ZEW-Konjunkturerwartungen sind zuletzt deutlich gestiegen. Viele Volkswirte deuten dies als eindeutiges Wendesignal für die Konjunktur. Positiv wirken außerdem ermutigende Wirtschaftsdaten aus den USA.

Offensichtlich gehen die meisten Unternehmen für 2012 von einer weiter wachsenden Wirtschaft aus. Dieses belegen auch die Daten des Arbeitsmarktes für die ersten Monate des neuen Jahres. Im Januar und Februar waren in Deutschland so wenig Menschen auf Arbeitssuche wie zuletzt vor 21 Jahren. Derzeit liegen keine Hinweise vor, die auf steigende Entlassungen deuten. Aus diesem Grunde ist ein weiterer, leichter Rückgang der Arbeitslosenzahlen in 2012 sehr wahrscheinlich. Die Konjunkturberichte der regionalen Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf beurteilen die aktuelle Lage ihrer Unternehmen nach wie vor als gut. Noch immer erwarten 30 % der befragten IHK-Betriebe eine Verbesserung ihrer Geschäftslage zu Jahresbeginn. Zwar sei die Einschätzung nicht mehr so optimistisch wie im Spätsommer 2011, dennoch hielten die Firmen an ihren expansiven Investitions- und Beschäftigungsplänen fest.

Bei ihren Planungen für das Geschäftsjahr 2012 hat die Stadtsparkasse Düsseldorf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

ebenso wie die Markt- und Wettbewerbssituation in der Stadt und der Region einbezogen. Unter Berücksichtigung der makro-ökonomischen Daten und der Marktgegebenheiten erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf solide Wachstumschancen. Für 2012 erwartet die Stadtsparkasse Düsseldorf aufgrund des historisch sehr niedrigen Zinsniveaus tendenziell eher Zinssteigerungen in mittleren und langen Laufzeiten.

Für das Privat- und Firmenkundengeschäft sehen wir sowohl im Kreditgeschäft, als auch im Einlagen- und Wertpapiergeschäft Möglichkeiten, das Geschäft weiter auszuweiten. Der Vorstand erwartet außerdem nennenswerte Ergebnisbeiträge aus dem Asset Management und deutliche Ergebnisverbesserungen im Segment Beteiligungen.

Die skizzierte Entwicklung könnte deutliche Korrekturen erfahren, wenn verschiedene Risiken die makro-ökonomische Gesamtlage deutlich beeinträchtigen sollten. Der Vorstand sieht insbesondere in der europäischen Schuldenkrise ein nicht zu unterschätzendes Risikopotenzial, das negative Effekte auf die wirtschaftliche Lage in Deutschland haben könnte. Hierdurch könnten die Wachstumschancen für die Realwirtschaft erheblich getroffen werden, und die deutsche Wirtschaft in eine Rezession fallen. Die Folgen wären eine deutlich geringere Geschäftsausweitung als geplant und eine Ergebnisbelastung aufgrund einer signifikant höheren Kreditrisikovorsorge.

Risiken könnten sich ebenfalls als Folge deutlich steigender Zinsen einstellen. Sie könnten den Zinsüberschuss absinken lassen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere negativ belasten.

Eine Rezession oder ein stark steigendes Zinsniveau hätte ebenfalls negative Auswirkungen auf das Ergebnis unserer

Beteiligungen. In diesem Zusammenhang weist der Vorstand darauf hin, dass die Stadtsparkasse Düsseldorf in 2012 und den Folgejahren Aufwendungen für die bilanzielle Vorsorge im Zusammenhang mit der „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA) der WestLB AG treffen muss (siehe Abschnitt A „Beteiligungen“).

Die Entwicklung in den einzelnen Geschäftsfeldern der Stadtsparkasse Düsseldorf sieht der Vorstand wie folgt:

Im **Firmenkundengeschäft** rechnet die Stadtsparkasse Düsseldorf weiterhin mit einer guten Kreditnachfrage. Die mittelständischen Unternehmen in Düsseldorf und der Region sind gut positioniert, ihre Produkte und Dienstleistungen sind weit über die Region nachgefragt. Die Investitionsbereitschaft der Betriebe ist ungebrochen. Der Kredit bleibt das Ankerprodukt der Finanzierung mittelständischer Unternehmen. Leasing, Factoring und strukturierte Finanzierungen werden aus unserer Sicht weiter an Bedeutung gewinnen.

Der gewerbliche Immobilienmarkt bleibt in Düsseldorf auf Wachstumskurs. Eine Region mit zunehmender Bevölkerungszahl und einer expandierenden Wirtschaft bleibt für Bauträger, Projektentwickler und Investoren ein begehrter Standort. Düsseldorf zählt in Deutschland zu den wichtigsten Zentren regionaler, nationaler und internationaler Immobilieninvestoren. Das Geschäft mit unseren gewerblichen Immobilienkunden sollte daher deutlich wachsen.

Wir erwarten für Düsseldorf und die Region eine rege Neugründung von Unternehmen in den unterschiedlichsten Branchen. Hier von wird die Stadtsparkasse Düsseldorf ebenfalls profitieren. Unsere Finanzierungen und Dienstleistungen rund um das Thema Unternehmensgründungen werden auch in Zukunft rege nachgefragt sein.

Im Segment **Private Kunden** geht der Vorstand von steigenden Ausleihungen aus. Insbesondere im Wohnungsbau sieht er gute Chancen für ein nachhaltiges Wachstum. Ob Eigentumswohnung, Reihenhaus, freistehende Immobilie oder Mehrfamilienhaus – der Bedarf in Düsseldorf ist vorhanden; die Nachfrage größer als das Angebot. Nicht zuletzt durch Turbulenzen an den Kapitalmärkten als Folge der Staatsschuldenkrise hat die Immobilie als Kapitalanlage wieder an Bedeutung gewonnen. Das historisch niedrige Zinsniveau ist ein weiteres Argument dafür, dass die Immobiliennachfrage über 2012 hinaus hoch bleiben wird. Unsere große Kompetenz in allen Finanzierungsfragen rund um die Immobilie und die Kenntnis des lokalen Marktes machen uns zu einem gefragten Partner der Kunden.

Geldanlage, Vermögensaufbau und Altersvorsorge sind weitere Aspekte, die für unsere privaten Kunden von hoher Bedeutung sind und in Zukunft großes Wachstumspotenzial bieten. Die Stadtparkasse Düsseldorf hat Anlagekonzepte mit unseren Verbund- und Kooperationspartnern entwickelt, um die Ziele unserer Kunden zu realisieren.

Der Vorstand rechnet mit geringen Zuwächsen im bilanziellen Einlagengeschäft. Das Kundenwertpapiergeschäft sollte hingegen in 2012 und den folgenden Jahren deutlich zulegen.

Im Segment **Asset Management** wird die Betreuung unserer Kunden – Pensionsfonds, Versorgungswerke und Institutionen – weiter ausgebaut.

Im Segment **Beteiligungen** wird es planmäßig aufgrund der zugesagten Investments der Equity Partners GmbH zu weiterem Bestandsaufbau kommen. Der Ergebnisbeitrag wird in 2012 und den nächsten Jahren aufgrund höherer Ausschüttungen

und günstigerer Bewertung deutlich zulegen.

Die Stadtparkasse Düsseldorf erwartet für 2012 Bruttoerträge, die leicht unter dem Vorjahr liegen, ab 2013 wieder ansteigen werden. Aufgrund des Zinsniveaus sieht der Vorstand nur geringe Möglichkeiten, durch den Beitrag aus der Fristentransformation in 2012 und 2013 den Zinsüberschuss zu erhöhen.

Der Provisionsüberschuss wird in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen. Insbesondere aus dem Kundenwertpapiergeschäft und Altersvorsorgeprodukten sind Provisionszuwächse zu erwarten.

Die Verwaltungsaufwendungen werden nach Einschätzung des Vorstands in 2012 und in den folgenden Jahren steigen. Die wachsende Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die höheren Tarifsteigerungen führen zu einem Anstieg des Personalaufwands, der über der Inflationsrate liegen wird. Die Aufwendungen für den Bankbetrieb werden sich hingegen nur moderat erhöhen.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft ist in den vergangenen beiden Jahren begünstigt durch einen erfreulichen Konjunkturverlauf und eine verbesserte Risikosteuerung deutlich zurückgegangen. Angesichts eines schwächeren Wirtschaftswachstums erwartet der Vorstand ein höheres Bewertungsergebnis für das Kreditgeschäft in 2012. In den folgenden Jahren wird es bei stabilem Konjunkturverlauf wieder rückläufig sein.

Das Bewertungsergebnis Wertpapiere sollte in 2012 und den nächsten Jahren wieder positive Ergebnisbeiträge beisteuern. Mit einer nennenswerten Verbesserung rechnet der Vorstand beim Bewertungsergebnis Beteiligungen. In den vergangenen Jahren wurden die Werte der Beteiligungen

zum Teil deutlich korrigiert. Zukünftig rechnen wir bei unseren Beteiligungen mit geringeren Wertkorrekturen.

Der Vorstand erwartet einen Gewinn vor Steuern für 2012 und 2013, der leicht unter dem des Vorjahres liegt. Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage erwartet der Vorstand weiterhin positiv, wenn die oben

dargestellten Risiken nicht schlagend werden. Die Sparkasse Düsseldorf ist aus Sicht des Vorstandes daher zuversichtlich, die erhöhten Eigenkapitalanforderungen nach Basel III aus thesaurierten Gewinnen zu erfüllen. Mögliche Ergebnisbelastungen aufgrund der neuen Liquiditätskennziffern nach Basel III sind derzeit nicht abschätzbar.

Düsseldorf, 30. März 2012

Der Vorstand



Fröhlich



Göbel



Goßmann



Dr. Roos

Jahresabschluss 2011

zum 31. Dezember 2011

der Stadtsparkasse Düsseldorf

Land Nordrhein-Westfalen, Regierungsbezirk Düsseldorf

Jahresabschluss	56
Bilanz	56
Gewinn- und Verlustrechnung	58
Anhang	59
1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	59
2. Währungsumrechnung	62
3. Erläuterungen zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung	63
4. Sonstige Angaben	89
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	95
Bericht des Verwaltungsrates	96

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

	€	€	€	31.12.2010 Tsd. €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		66.693.554,40		62.117
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		36.364.041,15		54.683
			103.057.595,55	116.800
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		141.764.769,95		89.811
b) andere Forderungen		200.832.440,28		201.972
			342.597.210,23	291.783
4. Forderungen an Kunden			8.524.742.437,56	8.214.437
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	3.126.028.573,67 Euro			(2.996.773)
Kommunalkredite	1.590.690.113,95 Euro			(1.629.152)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,- Euro			(-)
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		94.396.618,96		80.226
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	94.396.618,96 Euro			(80.226)
bb) von anderen Emittenten		1.870.579.145,04		1.658.739
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.851.215.056,08 Euro		1.964.975.764,00	1.738.965
c) eigene Schuldverschreibungen		460.355,99		(1.639.308)
Nennbetrag	460.500,00 Euro			1.836
			1.965.436.119,99	(1.812)
				1.740.801
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			559.662.550,71	759.300
6a. Handelsbestand			147.059,74	122
7. Beteiligungen			227.113.496,42	247.440
darunter: an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			278.887.146,63	245.687
darunter: an Kreditinstituten	-,- Euro			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,- Euro			(-)
9. Treuhandvermögen			2.137.411,49	1.521
darunter: Treuhandkredite	312.411,49 Euro			(396)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		424.244,00		648
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
			424.244,00	648
12. Sachanlagen			37.963.854,00	36.132
13. Sonstige Vermögensgegenstände			13.343.887,78	15.643
14. Rechnungsabgrenzungsposten			6.012.366,22	7.215
15. Aktive latente Steuern			-,-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
Summe der Aktiva			12.061.525.380,32	11.677.529

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Passivseite

	€	€	€	31.12.2010 Tsd. €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		658.025.322,36		17.885
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.673.674.092,58		2.069.590
			2.331.699.414,94	2.087.475
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.905.727.226,50			1.840.934
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	175.559.004,96			280.383
		2.081.286.231,46		2.121.317
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	4.411.773.344,24			3.968.094
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	791.932.529,34			831.223
		5.203.705.873,58		4.799.317
			7.284.992.105,04	6.920.634
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		1.217.118.416,51		1.597.467
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
			1.217.118.416,51	1.597.467
3a. Handelsbestand			-,-	-,-
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.137.411,49	1.521 (396)
darunter: Treuhandkredite	312.411,49 Euro			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			15.508.579,44	17.070
6. Rechnungsabgrenzungsposten			10.684.773,65	12.782
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		45.888.681,00		42.508
b) Steuerrückstellungen		18.096.100,00		5.054
c) andere Rückstellungen		73.090.019,03		75.027
			137.074.800,03	122.589
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			125.078.636,39	151.689
10. Genussschaftskapital			-,-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			207.434.184,62	42.340
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	91.714,17 Euro			(45)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	714.961.600,11			711.812
cb) andere Rücklagen	-,-			-
		714.961.600,11		711.812
d) Bilanzgewinn		14.835.458,10		12.150
			729.797.058,21	723.962
Summe der Passiva			12.061.525.380,32	11.677.529
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		271.393.968,22		284.913
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
			271.393.968,22	284.913
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		917.914.507,37		908.148
			917.914.507,37	908.148

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	€	€	€	1.1.–31.12.2010 Tsd. €
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	382.172.428,94			379.903
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	60,11 Euro			(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	42.969.748,78			36.272
		425.142.177,72		416.175
2. Zinsaufwendungen		183.506.002,78		161.188
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	538.460,80 Euro			(527)
			241.636.174,94	254.987
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		18.935.358,10		17.632
b) Beteiligungen		3.877.826,51		3.494
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		12.000.000,00		-
			34.813.184,61	21.126
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		70.262.264,81		69.578
6. Provisionsaufwendungen		4.597.991,62		5.220
			65.664.273,19	64.358
7. Nettoertrag des Handelsbestands			441.747,84	368
darunter: Zuführungen zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	46.456,93 Euro			(45)
8. Sonstige betriebliche Erträge			14.871.112,00	12.013
darunter: aus der Fremdwährungsumrechnung	1.067.464,80 Euro			(65)
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	2.178,51 Euro			(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			357.426.492,58	352.852
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	100.628.901,43			101.869
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	27.306.040,73			25.609
darunter: für Altersversorgung	10.980.882,50 Euro		127.934.942,16	127.478
b) andere Verwaltungsaufwendungen		72.877.218,02		(8.639)
			200.812.160,18	72.281
				199.759
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			5.361.396,91	8.154
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			12.720.035,78	15.528
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	3.108.748,73 Euro			(3.338)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	17.230
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		103.871.528,99		-
			103.871.528,99	17.230
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		19.754.681,95		27.402
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-,-	-
			19.754.681,95	27.402
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			165.047.556,40	35.937
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			57.602.190,35	48.842
20. Außerordentliche Erträge			-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-,-	8.115
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	-,- Euro			(8.115)
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	8.115
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		42.618.289,95		28.344
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		148.442,30		233
			42.766.732,25	28.577
25. Jahresüberschuss			14.835.458,10	12.150
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			14.835.458,10	12.150
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
			14.835.458,10	12.150
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			-,-	-
29. Bilanzgewinn			14.835.458,10	12.150

Anhang

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (Rech-KredV) aufgestellt.

Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht geändert.

Aufgrund einer strategischen Neuausrichtung der Eigenanlagen haben wir uns aber entschlossen, Schuldverschreibungen mit Buchwerten von 506,4 Mio. Euro aus dem Umlaufvermögen dem Anlagevermögen zuzuordnen und die Halteabsicht auf die gesamte Restlaufzeit der Wertpapiere zu erstrecken.

Die Fähigkeit, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten, ist gewährleistet. Die Umwidmung haben wir auf Basis des Buchwertes zum 31.12.2010 bzw. bei Neuanschaffungen des Jahres 2011 mit den Anschaffungskosten vorgenommen. Die historischen Anschaffungskosten bleiben vom Umwidmungsvorgang unberührt. Die Umwidmung haben wir in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vorgenommen.

Die Bilanzierung erfolgte zum Buchwert per 31.12.2010 beziehungsweise zu den Anschaffungskosten ("gemildertes Niederstwertprinzip"). Daraus resultiert ein geringerer Abschreibungsbedarf von 20,2 Mio. Euro.

Bilanzierung und Bewertung

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit sowie Namensschuldverschreibungen haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nur dann auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben, wenn von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auszugehen ist (gemildertes Niederstwertprinzip).

Von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gehen wir bei Schuldverschreibungen aus, wenn sich zum Bilanzstichtag abzeichnet, dass vertragsgemäße Leistungen nicht oder nicht in dem zum Erwerbszeitpunkt erwarteten Umfang erbracht werden. Zur Beurteilung haben wir aktuelle Bonitätsbeurteilungen herangezogen.

Unabhängig davon sind Wertminderungen von Schuldverschreibungen bis zum Rückzahlungswert stets dauerhaft.

Für akute Ausfallrisiken wurden bei Forderungen an Kunden in Höhe des zu erwartenden Ausfalls Einzelwertberichtigungen gebildet. Außerdem haben wir nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Finanzinstrumente des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet worden (§ 340e Abs. 3 HGB).

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Wir haben für die Wertpapiere und die Finanzinstrumente untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen war. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Hierzu erfolgte zunächst eine modellbasierte Bewertung. Sofern die Abweichung innerhalb eines vordefinierten Toleranzbereiches lag, wurde eine standardisierte indikative Bewertung durchgeführt. Außerhalb des definierten Toleranzbereiches erfolgte eine individuelle Anpassung auf den modellbasierten Kurs.

Bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis eines Bewertungsmodells werden so weit wie möglich beobachtbare Marktdaten herangezogen. Als Bewertungsmodell nutzt die Sparkasse größtenteils sogenannte Discounted Cashflow-Verfahren. Hierbei wird als Bewertungsparameter im Wesentlichen eine für den Interbankenhandel mit Zinsswaps beobachtbare Zinsstrukturkurve ("Swap-Kurve") verwendet. Der Emittentenbonität wurde dabei durch Verwendung von Rating abhängigen Bewertungskursen Rechnung getragen. Die Illiquidität des Marktes wurde als weiterer Parameter in dem Bewertungsmodell berücksichtigt.

Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Weiterhin wurde ein den Handelsaktiva zuzurechnender Investmentfonds aufgrund der von der Kapitalanlagegesellschaft initiierten Aussetzung der Rücknahme der Anteile nicht zum höheren investmentrechtlichen Rücknahmepreis, sondern zum niedrigeren Schlusskurs der Heimatbörse Hamburg bewertet.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Der Buchwert der Unterbeteiligung an der Erwerbsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH & Co. KG beträgt 31,4 Mio. Euro, der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf 26,8 Mio. Euro. Eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert wurde nicht vorgenommen, da diese Wertminderung als nicht dauerhaft eingestuft wird. Diese Beurteilung beruht darauf, dass die Aufzinsung des Unternehmenswertes der den Wert der Unterbeteiligung bestimmenden Landesbank Berlin bis zum 31.12.2012 zu einer Wertaufholung in Höhe der zum 31.12.2011 als vorübergehend eingestuften Wertminderung führt. Dabei werden die Annahmen hinsichtlich der Bewertungsparameter und der zugrunde liegenden Unternehmensplanung unverändert gelassen.

Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlagen wurden gemäß der Stellungnahme RS HFA 18 des IDW dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden nicht als Aktivposten in die Bilanz aufgenommen.

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die ab dem Jahr 2008 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultieren (§ 6b EStG), haben wir nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150,00 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst.

Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150,00 Euro bis 1.000,00 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbare Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet.

Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % und Rentensteigerungen von 1,50 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,13 %.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet. Sie wurden bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken erfolgte eine Zuführung zum Sonderposten gemäß § 340g HGB in Höhe von 165,0 Mio. Euro. Diese entfällt mit 136,3 Mio. Euro auf eine Umwidmung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB. Zusätzlich wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB ein entsprechender Betrag der Nettoerträge des Handelsbestandes zugeführt und dort gesondert ausgewiesen.

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage des vom IDW veröffentlichten Entwurfs des RS BFA 3 bewertet ("verlustfreie Bewertung"). Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus wurden Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB als Micro-Hedges zur Absicherung von Zinsrisiken bei Darlehen, einem emittierten Schuldschein und Derivaten mit Kunden gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt im Lagebericht.

Derivate, die weder in die Zinsbuchsteuerung bzw. in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden, noch Bestandteil des Handelsbestands sind, haben wir einzeln bewertet. Für einen Verpflichtungsüberschuss haben wir Rückstellungen gebildet; schwebende Gewinne blieben unberücksichtigt.

2. Währungsumrechnung

Die Stadtsparkasse Düsseldorf steuert das Währungsrisiko über die Führung einer Währungsposition je Fremdwährung mit dem Ziel des Ausgleichs von Aktiv- und Passivpositionen. Die Währungsposition enthält alle Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung sowie noch nicht abgewickelte Kassa- und Termingeschäfte, soweit sie nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind. Aufgrund der betragsmäßigen Deckung der Aktiv- und Passivpositionen durch gegenläufige Geschäfte geht die Sparkasse von einer besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB aus.

Aufgrund der besonderen Deckung werden die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 256a HGB i.V.m. § 340h HGB netto im sonstigen betrieblichen Ertrag ausgewiesen.

Die Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit den Devisenkassamittelkursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

Für am Jahresende nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages für die Restlaufzeiten herangezogen.

3. Erläuterungen zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge enthalten keine anteiligen Zinsen.

3.1 AKTIVA 3

	2011 €	2010 Tsd. €
Forderungen an Kreditinstitute		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an die eigene Girozentrale	28.067.306,26	23.579
Der Unterposten b) – andere Forderungen – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
– bis drei Monate	36.260.637,35	5.824
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	14.030.227,29	16.873
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	120.475.835,35	134.414
– mehr als fünf Jahre	875.273,11	26.793
Die Bewertung dieser Forderungen lässt nach unserer Einschätzung im Zusammenhang mit den Folgewirkungen der Finanzmarktkrise derzeit keine Zahlungsausfälle erwarten.		

3.2 AKTIVA 4

	2011 €	2010 Tsd. €
Forderungen an Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an verbundene Unternehmen	151.677,59	3.773
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	50.428.081,55	34.262
– nachrangige Forderungen	24.444.536,04	37.814
– darunter:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0
Für diese Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 8.792.085,41 €.		
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
– bis drei Monate	544.486.719,11	508.195
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.170.265.347,96	429.436
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.778.685.100,47	2.386.803
– mehr als fünf Jahre	4.512.701.016,54	4.336.029
– Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	481.515.447,02	518.896

3.3 AKTIVA 5

	2011 €	2010 Tsd. €
Schuldverschreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Beträge, die bis zum 31.12.2012 fällig werden	404.519.484,77	
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	1.811.872.349,63	1.662.149
– nicht börsennotiert	153.563.770,36	78.652

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. €	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Öffentliche Anleihen	44,0	ja	Marktpreis
Öffentliche Anleihen	125,2	nein	Modellkurs
Pfandbriefe	927,7	nein	Modellkurs
Ungedeckte Banken-IHS / Gewährträgerpapiere	34,0	ja	Marktpreis
Ungedeckte Banken-IHS / Gewährträgerpapiere	295,3	nein	Modellkurs
Strukturierte Anleihen	19,3	nein	Modellkurs

Anlagevermögen

Art der Anlage:	Buchwerte Mio. €	Zeitwerte Mio. €	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Pfandbriefe	329,3	323,8	nein	Modellkurs
Ungedeckte Banken-IHS / Gewährträgerpapiere	43,0	42,2	ja	Marktpreis
Ungedeckte Banken-IHS / Gewährträgerpapiere	40,0	37,4	nein	Modellkurs
Investmentbankemissionen	46,0	43,0	ja	Marktpreis
Investmentbankemissionen	48,1	42,8	nein	Modellkurs

Nicht mit dem Niederstwert bewertet sind Wertpapiere des Anlagevermögens mit Buchwerten von insgesamt 506,4 Mio. Euro und beizulegenden Zeitwerten von 489,2 Mio. Euro. Alle Wertpapiere sind börsenfähig.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich wie folgt entwickelt:	2011 €	2010 Tsd. €
Bilanzwert am Vorjahresende	0,00	0
Nettoveränderung	+ 506.359.200,00	0
Bilanzwert am Jahresende	506.359.200,00	0

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden haben wir dargelegt, unter welchen Voraussetzungen wir von einer dauernden bzw. nur vorübergehenden Wertminderung ausgehen. Bei den Wertpapieren, die nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, ist nach derzeitiger Erkenntnis damit zu rechnen, dass die vertragsgemäßen Leistungen in vollem Umfang erbracht werden.

3.4 AKTIVA 6

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2011 €	2010 Tsd. €
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind		
– börsennotiert	0,00	43.792
– nicht börsennotiert	52.133.700,00	40.555

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes (InvG) oder vergleichbarer ausländischer Investmentvermögen:

WKN	Bezeichnung	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Marktwert Buchwert	Ausschüttung 2011 Mio. €	tägl. Rückgabe möglich
ABS-Fonds						
262013	EURO ABS INCOME A INH.	14,3	14,3	0,0	0,4	Ja
Unternehmensanleihe-Fonds						
A0NBHL	SSKD UN.-F.7/2014	8,0	8,4	0,4	0,4	Ja
Aktiefonds						
A0MS5F	GLOBAL TOP	10,0	10,6	0,6	0,0	Ja
Gemischte Fonds						
A0D8QM	SSKD ABS.-RETURN INKA	25,0	29,3	4,3	0,9	Ja
Spezialfonds (gemischt)						
A0LB13	ALLIANZGI-FONDS SSKD-A	117,2	129,9	12,7	5,5	Ja
A0LB12	ALLIANZGI-FONDS SSKD-B	125,5	176,8	51,3	6,3	Ja
793976	SSKD INKA MASTER A	71,4	71,4	0,0	0,6	Ja
A0LGY0	SSKD INKA MASTER B	91,7	91,7	0,0	4,7	Ja
A0MMTS	SSKD INKA MASTER C	91,7	91,7	0,0	0,0	Ja

Die Fonds sind international ausgerichtet, wobei wesentliche Branchenschwerpunkte im Gesamtportfolio vermieden wurden.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unserer Wertpapiere zu vermitteln. Die in der vorherigen Aufstellung enthaltenen Fondsanteile sind hierin enthalten:

Umlaufvermögen

Art der Anlage:	Buchwerte in €:	Aktiver Markt:	Grundlage für die Bewertung:
Investmentanteile	559,7	Nein	Rücknahmewert gem. InvG

AKTIVA 6a**Handelsbestand**

Innerhalb des Geschäftsjahres haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Der Handelsbestand gliedert sich zum Bilanzstichtag wie folgt:	€
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	147.059,74

Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Die ausgewiesene Position entfällt ausschließlich auf einen Investmentfonds. Als beizulegender Zeitwert wurde der Marktpreis angesetzt. Als Marktpreis haben wir den letzten gehandelten Kurs per 30.12.2011 der Börse Hamburg verwendet.

Per 29.02.2012 erfolgte durch die Fondsgesellschaft die Information über die Auflösung des Fonds bis zum 31.12.2016. Eine Rückgabe der Fondsanteile an die Gesellschaft ist nicht mehr möglich.

In Übereinstimmung mit unserer Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag anhand der Value-at-Risk-Methode (VaR) ermittelt. Dabei wurde eine Haltedauer von 1 Tag, auf 10 Tage hochskaliert, ein Beobachtungszeitraum von 500 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99,0 % (Vorjahr: 99,9 %) zu Grunde gelegt. Der unter diesen wesentlichen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 15,4 Tsd. Euro.

3.5 AKTIVA 7

Beteiligungen	2011 €	2010 Tsd. €
Die Beteiligungen haben sich wie folgt entwickelt:		
Bilanzwert am Vorjahresende	247.440.484,64	275.403
Nettoveränderung	– 20.326.988,22	– 27.963
Bilanzwert am Jahresende	227.113.496,42	247.440
An folgenden großen Kapitalgesellschaften halten wir mehr als 5 % der Stimmrechte: SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG (25,99 %).		
Von den Beteiligungen, die in börsenfähigen Wertpapieren verbrieft sind, sind:		
– börsennotiert	3.170,01	3
– nicht börsennotiert	0,00	0

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB

An folgenden Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital %	Eigenkapital 2010 Tsd. €	Ergebnis 2010 Tsd. €
RBS Kapitalbeteiligungsgesellschaft Rheinisch-Bergischer Sparkassen mbH	Düsseldorf	50,0	2.318,4	6,3
Sirius Seedfonds Düsseldorf Verwaltungs GmbH	Düsseldorf	50,0	29,6	1,7
HoGi Co-Investment GmbH & Co. KG	Düsseldorf	49,0	11.405,9	466,4
NHEP Düsseldorf Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	43,8	4.117,8	- 12,2
Trapo AG	Gescher	33,3	3.407,5	708,1
Traporol GmbH	Gescher	33,3	664,7	158,1
PACVision Vertrieb AG	Mönchengladbach	30,0	- 174,6	18,6 ¹⁾
SPL electronics GmbH	Niederkrüchten	27,0	431,0	1,2
SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG	Düsseldorf	26,0	28.568,9	969,1
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG	Köln	25,0	111.229,5	36.166,7
CORPUS SIREO Holding GmbH	Köln	25,0	82,3	5,8
WestFactoring GmbH	Dortmund	25,0	1.869,0	541,4
Ideenkapital Media Finance GmbH	Düsseldorf	24,6	501,4	394,7
IPE Euro Wagon L. P.	St. Helier, Jersey	24,4	31.498,6	- 2,0
Düsseldorf Business School GmbH an der Heinrich-Heine-Universität	Düsseldorf	22,1	236,9	64,9
Sirius EcoTech Fonds Düsseldorf GmbH & Co. KG	Düsseldorf	20,0	3.088,6	- 6,9

1) Jahresergebnis Geschäftsjahr 2007

3.6 AKTIVA 8

	2011 €	2010 Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen		
Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:		
Bilanzwert am Vorjahresende	245.687.146,63	220.887
Nettoveränderung	+ 33.200.000,00	+ 24.800
Bilanzwert am Jahresende	278.887.146,63	245.687

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 HGB

An folgenden verbundenen Unternehmen halten wir Anteile von mindestens 20 %:

Name der Gesellschaft	Sitz	Anteil am Kapital %	Eigenkapital 2010 Tsd. €	Ergebnis 2010 Tsd. €
☰ Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf	100,0	247.553,7	296,0
☰ Online-Service Düsseldorf GmbH	Düsseldorf	100,0	51,2	--- ¹⁾
☰ Finanz-Services Düsseldorf GmbH	Düsseldorf	100,0	51,1	--- ¹⁾
☰ Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	100,0	21.982,4	--- ¹⁾
Büropark Brüsseler Straße GmbH	Düsseldorf	100,0	12.879,0	103,0
Equity Partners GmbH	Düsseldorf	100,0	224.092,6	6.359,6
Sirius Seedfonds Düsseldorf GmbH & Co. KG	Düsseldorf	50,4	5.776,8	68,8
Die Angabe des Jahresergebnisses ist bei den Unternehmen entfallen, deren Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag wegen eines Gewinnabführungsvertrages regelmäßig ausgeglichen ist.				
1) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag				

3.7 AKTIVA 9

Treuhandvermögen	2011 €	2010 Tsd. €
Beim Treuhandvermögen handelt es sich um Forderungen an Kunden in Höhe von	312.411,49	396
und um treuhänderisch gehaltene Beteiligungen in Höhe von	1.825.000,00	1.125

3.8 AKTIVA 11

	2011 €	2010 Tsd. €
Immaterielle Anlagewerte		
In diesem Posten ist ausschließlich EDV-Software enthalten. Die immateriellen Anlagewerte haben sich wie folgt entwickelt:		
Anschaffungskosten	9.367.865,31	9.162
Zugänge im Geschäftsjahr	201.512,17	232
Abgänge im Geschäftsjahr	1.693,60	26
Abschreibungen insgesamt	9.143.439,88	8.720
Bilanzwert am Jahresende	424.244,00	648
Abschreibungen im Geschäftsjahr	425.674,17	663

3.9 AKTIVA 12

	2011 €	2010 Tsd. €
Sachanlagen		
In diesem Posten sind enthalten:		
– im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	19.799.856,00	20.860
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.863.282,00	13.681
Das Sachanlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:		
Anschaffungskosten	210.559.783,05	208.461
Zugänge im Geschäftsjahr	6.842.044,74	6.007
Abgänge im Geschäftsjahr	4.392.757,60	3.909
Abschreibungen insgesamt	175.045.216,19	174.427
Bilanzwert am Jahresende	37.963.854,00	36.132
Abschreibungen im Geschäftsjahr	4.935.722,74	7.491

3.10 AKTIVA 13

Sonstige Vermögensgegenstände
In diesem Posten sind Geschäftsanteile an Genossenschaften in Höhe von 97.571,44 € (Vorjahr 97.571,44 €) enthalten, die dem Anlagevermögen zuzurechnen sind.

3.11 AKTIVA 14

Rechnungsabgrenzungsposten	2011 €	2010 Tsd. €
In diesem Posten sind enthalten:		
– der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	6.813,41	37
– der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten in Höhe von	2.230.922,97	2.777

3.12 AKTIVA 15**Aktive latente Steuern**

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Diese Effekte wurden auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,8 % und eines Gewerbesteuersatzes von 15,2 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt.

Es wurden aktive latente Steuern in Höhe von 57.068 Tsd. € und passive latente Steuern in Höhe von 8.928 Tsd. € ermittelt und miteinander verrechnet.

Der verbleibende Überhang aktiver latenter Steuern in Höhe von 48.140 Tsd. € aus der Gesamtdifferenzbetrachtung wurde nicht angesetzt.

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus den unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen:

Aktiva 4: Forderungen an Kunden	24.558 Tsd. €
Aktiva 5 u. 6: Wertpapiere	20.441 Tsd. €

Die passiven latenten Steuern entfallen in Höhe von 8.734 Tsd. Euro auf Aktiva 6.

Aufgrund der Umwidmung der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB in den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB erhöht sich der handelsrechtliche Buchwert der Forderungen an Kunden. Aktive latente Steuern ergeben sich insofern nicht mehr. Im Vorjahr betragen diese noch 42.526 Tsd. €.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und in Erwartung künftig voraussichtlich weiterhin steuerpflichtiger Gewinne, halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

3.13

	2011 €	2010 Tsd. €
Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von	72.638.064,54	71.607

3.14

Zum Abschlussstichtag waren Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von insgesamt 769.109.250,00 € in Pension gegeben.

3.15 PASSIVA 1

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2011 €	2010 Tsd. €
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	10.292.513,53	13.812
Für folgende im Unterposten a) ausgewiesene Verbindlichkeiten sind Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:		
– Tagesgeldaufnahmen gegenüber der Eurex Clearing AG im Rahmen von GC-Pooling in Höhe von	550.000.000,00	0
Für folgende im Unterposten b) ausgewiesene Verbindlichkeiten sind Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:		
– Forderungen aus zweckgebundenen Weiterleitungsmitteln in Höhe von	281.817.207,08	276.160
– Termingeldaufnahmen gegenüber der Eurex Clearing AG im Rahmen von GC-Pooling in Höhe von	200.000.000,00	0
Der Unterposten b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
– bis drei Monate	254.543.451,06	685.640
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	18.306.010,47	15.737
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.142.886.113,54	1.142.073
– mehr als fünf Jahre	203.762.512,32	185.026

3.16 PASSIVA 2

	2011 €	2010 Tsd. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.375.326,02	13.854
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.388.235,83	16.850
Der Unterposten a) ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
– bis drei Monate	56.318.682,87	113.807
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	99.377.634,46	145.605
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	17.030.900,73	17.187
– mehr als fünf Jahre	1.930.909,90	2.134
Der Unterposten b) bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
– bis drei Monate	366.413.175,76	437.876
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	132.431.727,08	140.875
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	120.756.814,99	115.615
– mehr als fünf Jahre	161.349.473,25	129.313

3.17 PASSIVA 3

	2011 €	2010 Tsd. €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Im Unterposten a) – begebene Schuldverschreibungen – sind bis zum 31.12.2012 fällige Beträge enthalten:	32.463.021,73	

3.18 PASSIVA 4

	2011 €	2010 Tsd. €
Treuhandverbindlichkeiten		
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von	312.411,49	396
und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von	1.825.000,00	1.125

3.19 PASSIVA 6

Rechnungsabgrenzungsposten	2011 €	2010 Tsd. €
In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von	5.852.510,83	4.651

3.20 PASSIVA 9

Nachrangige Verbindlichkeiten	2011 €	2010 Tsd. €
Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.		
Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:		
Betrag €	Zinssatz	Fälligkeit
27.574.047,26	0,00 % Zero	07.10.2013
20.000.000,00	4,65 %	03.09.2015
Ein außerordentliches Kündigungsrecht ist nicht eingeräumt.		
Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,51 % und ursprüngliche Laufzeiten von fünf bis zwölf Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 13.840.350,00 € zur Rückzahlung fällig.		
Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von angefallen.	6.075.676,01	8.384

3.21 Passiva 12

Eigenkapital
Im Wertpapierbestand sind nicht realisierte Reserven in Höhe von 76.929.891,17 € (Vorjahr: 109.550.258,53 €) enthalten; diese werden gemäß § 10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 7 KWG nach Maßgabe des § 10 Abs. 4a Satz 1 KWG bei der Ermittlung des haftenden Eigenkapitals berücksichtigt.

3.22 Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten werden für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

3.23 Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, haben wir eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

3.24

	2011 €	2010 Tsd. €
Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von	41.946.740,25	41.317

3.25 Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten beinhaltet Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 1.067,5 Tsd. €. Abweichend zum Vorjahr versteht sich der Ausweis einschließlich des realisierten Währungsergebnisses des Geschäftsjahres.

3.26 Sonstige Angaben

Die Sparkasse hat im Rahmen der Sicherung bzw. Steuerung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte verteilen sich auf Devisentermingeschäfte, Zinsswaps und Währungsswaps sowie Zinsoptionsgeschäfte. Darüber hinaus hat die Sparkasse erworbene und emittierte Credit Linked Notes mit einem Nominalwert von jeweils 20,0 Mio. € im Bestand.

Bei den Termingeschäften in fremder Währung handelt es sich ausschließlich um Kundengeschäfte und entsprechende Deckungsgeschäfte, die die Sparkasse mit Banken abgeschlossen hat.

Die zinsbezogenen schwebenden Termingeschäfte beinhalten Geschäfte mit Kunden (857,4 Mio. €), mit Banken abgeschlossene Deckungsgeschäfte (Bewertungseinheiten 889,8 Mio. €), Geschäfte zur Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch (5.100,0 Mio. €) und sonstige Positionen mit Banken im Anlagebuch (151,1 Mio. €).

3.27

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente wie folgt:							
	Nominalbeträge Mio. €			Insge- samt ²⁾	Beizu- legende Zeitwerte ¹⁾ Mio. €	Buchwerte Mio. €	
	nach Restlaufzeiten				Preis nach Bewer- tungs- methode	Options- Prämie/ up-front	Rück- stellung (P7)
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre				
Zins-/zinsindex- bezogene Geschäfte							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Zinsswaps einschließl. Forward-Swaps	1.775	3.068	1.968	6.811	115 – 172	(A14) 2 (P6) 2	1
Optionen							
Longpositionen	13	55	26	94	1	(A13) 2	
Shortpositionen	13	55	26	94	– 1	(P5) 2	
Summe³⁾	1.801	3.178	2.020	6.998	– 57		1
davon: Deckungsgeschäfte	1.545	2.869	1.575	5.990			
Währungsbezogene Geschäfte²⁾							
OTC-Produkte							
Termingeschäfte							
Devisentermin- geschäfte ²⁾	594	18		612	10 – 10		
Summe³⁾	594	18		612			
davon: Deckungsgeschäfte	345	9		354			

¹⁾ Aus Sicht der Sparkasse negative Werte werden mit Minus angegeben

²⁾ €-Gegenwerte

³⁾ Eventuelle Abweichungen in den Summen beruhen auf maschinellen Rundungen

Es handelt sich ausschließlich um OTC-Derivate, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt worden ist.

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet (verlustfreie Bewertung des Bankbuchs nach IDW ERS BFA 3).

Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2011 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen und den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Die ausgewiesenen Zeitwerte (clean price) enthalten keine Abgrenzungen und Kosten.

Zeitwerte von Optionen (Caps, Floors) wurden auf Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden die Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten per 31.12.2011 aus den Veröffentlichungen der Agentur Reuters herangezogen.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurden die Terminkurse am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden auf Basis der Marktdaten der Agentur Reuters (FX-Kassakurs, FX-Renditekurven) ermittelt.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute – u.a. die eigene Girozentrale – und Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte, Zinsswaps und Zinsoptionen mit Kunden abgeschlossen.

3.28

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir grundsätzlich zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bzw. als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert.

Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (i. d. R. Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist.

Die zur Absicherung strukturierter Produkte erworbenen Derivate wurden zusammen mit den jeweiligen Grundgeschäften als Bewertungseinheit behandelt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

3.29

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat in 2010 und 2011 sechs öffentliche Pfandbriefe mit einem Nominalwert von 145,0 Mio. € sowie in 2007, 2009, 2010 und 2011 zwölf Hypothekendarlehenpfandbriefe mit Nominalwerten von insgesamt 135,0 Mio. € platziert.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgedgliedert. Da die Sparkasse das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen haben wir nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe und die sichernden Aktiva enthalten.

Untergliederung von Posten der Bilanz aufgrund des Pfandbriefgeschäftes

	2011	2011	2010	2010
	€	€	Tsd. €	Tsd. €
Aktiva 4 – Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen	3.126.028.573,67		2.996.773	
b) Kommunalkredite	1.590.690.113,95		1.629.152	
c) andere Forderungen	3.808.023.749,94	8.524.742.437,56	3.588.512	8.214.437
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		–		–
Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	2.237.736,38		2.813	
b) andere	3.774.629,84	6.012.366,22	4.402	7.215

	2011	2011	2010	2010
	€	€	Tsd. €	Tsd. €
Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	20.158.854,67		–	
b) andere Verbindlichkeiten	2.311.540.560,27	2.331.699.414,94	2.087.476	2.087.476
darunter: täglich fällig		658.025.322,36		17.885
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		–		–
und öffentliche Namenspfandbriefe		–		–
Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	112.804.039,86		45.831	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	45.964.228,69		20.176	
c) andere Verbindlichkeiten	7.126.223.836,49	7.284.992.105,04	6.854.627	6.920.634
darunter: täglich fällig		4.411.773.344,24		3.968.094
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		–		–
und öffentliche Namenspfandbriefe		–		–
Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen	1.217.118.416,51	1.217.118.416,51	1.597.467	1.597.467
aa) Hypothekenspfandbriefe	5.021.345,63		5.021	
ab) öffentliche Pfandbriefe	101.229.508,20		101.233	
ac) sonstige Schuldverschreibungen	1.110.867.562,68		1.491.213	
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	–	–	–	–
darunter: Geldmarktpapiere		–		–
Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	7.608.178,56		8.907	
b) andere	3.076.595,09	10.684.773,65	3.875	12.782

Öffentlicher Pfandbrief

I) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG zum Gesamtbetrag								
Angaben	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) Verschieb. n. oben		Risikobarwert *) Verschieb. n. unten	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	145.000	120.000	158.936	119.225	130.378	96.806	192.750	148.283
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	314.100	226.100	346.387	237.864	305.079	206.221	384.037	275.290
davon gattungsklassische Deckungswerte	280.000	200.000	311.038	211.209	271.736	180.785	346.739	247.820
davon sonstige Deckungswerte	34.100	26.100	35.348	26.655	33.343	25.436	37.298	27.470
Überdeckung in %	116,6 %	88,4 %	117,9 %	99,5 %	134,0 %	113,0 %	99,2 %	85,7 %
Sichernde Überdeckung gem. § 4 I PfandBG in %			19,3 %	18,4 %				
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate								
*) nach statischem Verfahren gem. PfandBarwertV								

II) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse						
Angaben	Deckungsmasse		Pfandbriefumlauf		Überhang	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Bis einschließlich 1 Jahr	26.100	0	0	0	26.100	0
Über 1 Jahr bis einschließlich 2 Jahre	0	26.100	0	0	0	26.100
Über 2 Jahre bis einschließlich 3 Jahre	0	0	0	0	0	0
Über 3 Jahre bis einschließlich 4 Jahre	0	0	0	0	0	0
Über 4 Jahre bis einschließlich 5 Jahre	3.000	0	0	0	3.000	0
Über 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre	280.000	200.000	110.000	100.000	170.000	100.000
Über 10 Jahre	5.000	0	35.000	20.000	- 30.000	- 20.000
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate						

III) Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG zur Zusammensetzung der Deckungsmasse					
Angaben			Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs		
	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €		2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	314.100	226.100	weitere Deckungen nach § 20 Abs. 2 PfandBG brutto	0,0 %	0,0 %
			höchste Geldforderung gegen ein Kreditinstitut	0,0 %	0,0 %

Deckungsmasse nach Ländern und Schuldnerklassen	Staat		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige Schuldner	
	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Deutschland	0	0	309.100	226.100	0	0	0	0
Belgien	5.000	0	0	0	0	0	0	0

IV) Übersicht über rückständige Forderungen		
	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0	0

Hypothekendarlehen

I) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG zum Gesamtbetrag								
Angaben	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) Verschieb. n. oben		Risikobarwert *) Verschieb. n. unten	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	135.000	50.000	153.979	52.566	127.370	48.733	189.416	56.403
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	318.087	189.077	346.393	201.303	311.667	184.991	381.681	219.551
davon gattungsklassische Deckungswerte	281.187	185.177	307.930	197.320	277.300	181.190	339.606	215.446
davon sonstige Deckungswerte	36.900	3.900	38.463	3.983	34.367	3.801	42.075	4.105
Überdeckung in %	135,6 %	278,2 %	125,0 %	283,0 %	144,7 %	279,6 %	101,5 %	289,3 %
Sichernde Überdeckung gem. § 4 I PfandBG in %			25,0 %	7,6 %				
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate								
*) nach statischem Verfahren gem. PfandBarwertV								

II) Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse						
Angaben	Deckungsmasse		Pfandbriefumlauf		Überhang	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Bis einschließlich 1 Jahr	82.680	62.057	25.000	0	57.680	62.057
Über 1 Jahr bis einschließlich 2 Jahre	12.299	5.925	0	25.000	12.299	- 19.075
Über 2 Jahre bis einschließlich 3 Jahre	11.648	18.929	0	0	11.648	18.929
Über 3 Jahre bis einschließlich 4 Jahre	16.489	10.453	5.000	0	11.489	10.453
Über 4 Jahre bis einschließlich 5 Jahre	42.778	9.571	20.000	5.000	22.778	4.571
Über 5 Jahre bis einschließlich 10 Jahre	130.594	76.248	20.000	20.000	110.594	56.248
Über 10 Jahre	21.599	5.894	65.000	0	- 43.401	5.894
In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate						

III) Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG zur Zusammensetzung der Deckungsmasse			
Forderungen	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €	Anteil an Forderungen (Vorjahreswerte in Klammern)
nach Größenklassen			
bis einschließlich 300 T€	122.388	38.051	
mehr als 300 T€			
bis einschließlich 5 Mio.€	124.339	94.256	
mehr als 5 Mio.€	34.461	52.870	
nach Nutzungsart (I) in Deutschland			
wohnwirtschaftlich	169.681	71.314	
gewerblich	111.506	113.863	
nach Nutzungsart (II) in Deutschland			
Wohnungen	28.794	6.014	10,2 % (3,3 %)
Einfamilienhäuser	54.314	15.419	19,3 % (8,3 %)
Mehrfamilienhäuser	82.544	48.243	29,4 % (26,1 %)
Bürogebäude	10.857	10.727	3,9 % (5,8 %)
Handelsgebäude	5.707	2.158	2,0 % (1,2 %)
Industriegebäude	84.650	96.069	30,1 % (51,9 %)
sonst. gewerblich genutzte Gebäude	14.320	6.547	5,1 % (3,5 %)
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0	0	0 %
Bauplätze	0	0	0 %
Weitere Deckung und sichernde Überdeckung			Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs (Vorjahreswerte in Klammern)
Sonstige Deckungswerte	36.900	3.900	27,3 % (7,8 %)
weitere Deckung gem. § 19 I Nr. 2-3 PfandBG brutto	0	0	0 %
davon Auslastung nach § 19 I Nr. 2 PfandBG höchste Geldforderung gegen ein Kreditinstitut	0	0	0 %
Gesamtauslastung nach § 19 I Nr. 3 PfandBG	0	0	0 %
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Über- deckung verwendet)	36.900	3.900	27,3 % (7,8 %)
Deckung für Liquiditäts-Sicherung nach § 4 I a PfandBG	36.900	3.900	27,3 % (7,8 %)
Summe Deckung durch Forderungen	281.187	185.177	208,3 % (370,4 %)
Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten. Eventuelle Abweichungen in den Summen beruhen auf maschinellen Rundungen.			

IV) Übersicht über rückständige Forderungen	2011	2010
	Tsd. €	Tsd. €
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0	0

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen in Höhe von 281.187,4 Tsd. € sowie die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen in Höhe von 280.000,0 Tsd. € werden in der Bilanz unter dem Posten Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen in Höhe von 36.900,0 Tsd. € und die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere in Höhe von 34.100,0 Tsd. € finden sich in der Bilanz unter dem Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten.

3.30

	2011
	Tsd. €
Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:	
a.) für die Abschlussprüfungsleistungen	489
b.) für andere Bestätigungsleistungen	82
c.) für sonstige Leistungen	–
Gesamthonorar	571

3.31

Die Stadtparkasse Düsseldorf ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2011 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2012 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes – pauschales – Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) neu festgesetzt. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist.

Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden derzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2010 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 24 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 01. Juli um 1 % ihres Betrages erhöht.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2011 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 141,4 Mio. € ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2010 der RZVK etwa 28 %. Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2011 verwendet.

In Anbetracht der mit dem Umlageverfahren verbundenen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung können Finanzierungslücken bzw. Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen und nicht quantifiziert werden. Um das Risiko der Werthaltigkeit der Anwartschaften abzusichern, hat die Stadtparkasse Düsseldorf unter Nutzung des Wahlrechtes nach Art. 28 EGHGB eine Rückstellung für mittelbare Pensionsverpflichtungen für alle per 31.12.2008 über die RZVK versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebildet (Stand 31.12.2011 gesamt: 12,5 Mio. €).

Die Sparkasse hat ihren Beschäftigten gegenüber eine Zusage zur teilweisen Absicherung des Risikos einer eventuellen Absenkung der Versorgungsleistungen abgegeben.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 87.687.356,18 € im Jahr 2011 6.826.058,26 Euro (Vorjahr 6.666.739,97 €).

3.32

Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen sind Bestandteil des normalen Geschäftsbetriebs. Es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte sind nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Die Sparkasse Düsseldorf definiert die „nahe stehenden Unternehmen und Personen“ i. S. d. in europäisches Recht übernommenen IAS 24. Ab dem Jahresabschluss 2011 gilt IAS 24 i. d. F. der Verordnung (EU) Nr. 632/2010 der Kommission vom 19.07.2010 (IDW RS HFA 33, Anlage 1). Damit sind erstmals auch Geschäfte mit assoziierten Unternehmen der Stadt Düsseldorf sowie deren Tochterunternehmen und mit Tochterunternehmen von assoziierten Unternehmen der Sparkasse Düsseldorf in die Betrachtung einbezogen worden.

Aus dem Kredit- und Einlagengeschäft der Sparkasse Düsseldorf bestehen nachfolgende Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber nahe stehenden Unternehmen und Personen. Weiterhin zeigen die Tabellen die offenen Kreditzusagen sowie Bürgschaften für diesen Unternehmens- bzw. Personenkreis.

Angaben	Personen in Schlüsselpositionen		Sonstige nahe stehende Personen	
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Forderungen	566,3	584,3	596,1	201,9
Offene Kreditzusagen	0,0	925,0	500,0	0,0
Verbindlichkeiten	2.918,5	2.413,2	1.723,0	592,4
Bürgschaften	2,7	2,7	0,0	0,0

Angaben	Träger der Sparkasse		Tochterunternehmen (nicht konsolidiert)	
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Forderungen	35.787,4	36.611,6	533,4	667,8
Offene Kreditzusagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten	38.607,6	98.532,8	0,0	116,8
Bürgschaften	11.204,6	19.756,9	246,0	252,0

Begebene Schuldscheindarlehen sind in diesem Jahr erstmals in die Tabellendarstellung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger aufgenommen worden. Im Vorjahr betrugen die Verbindlichkeiten aus begebenen Schuldscheindarlehen 2.388,7 Tsd. €.

Angaben	Assoziierte Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen		Sonstige nahe stehende Unternehmen	
	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €	31.12.2011 Tsd. €	31.12.2010 Tsd. €
Forderungen	24.296,7	34.204,3	276.007,2	170.461,1
Offene Kreditzusagen	0,0	0,0	5.560,0	5.496,9
Verbindlichkeiten	7.180,8	17.570,6	102.033,4	63.661,1
Bürgschaften	715,1	902,7	29.420,6	10.385,2

In den vorstehenden Angaben sind Salden aus Geschäften mit Tochterunternehmen, die in 100-prozentigem Anteilsbesitz stehen und in den Konzernabschluss einbezogen werden, nicht enthalten.

Darüber hinaus bestehen folgende sonstige Geschäftsbeziehungen:

Ein assoziiertes Unternehmen – Factoringgesellschaft – kauft fortlaufend notleidende Forderungen von der Stadtparkasse Düsseldorf an. Der Gesamtbetrag des Forderungsvolumens hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 1.960,3 Tsd. € betragen. Die Vereinnahmung der damit verbundenen Erträge erfolgt im nächsten Geschäftsjahr.

Für das der Factoringgesellschaft im Vorjahr übertragene Forderungsvolumen sind im Geschäftsjahr 2011 Erträge in Höhe von 269,1 Tsd. € vereinnahmt worden.

Aus Mietverhältnissen und sonstigen vertraglichen Vereinbarungen mit einem weiteren assoziierten Unternehmen hat die Stadtparkasse Düsseldorf Zahlungen von 314,3 Tsd. € erhalten. Diese Gesellschaft hat für die Vermittlung von grundschuldbesicherten Immobilienfinanzierungen Provisionszahlungen in Höhe von 71,1 Tsd. € empfangen.

Aus einem Sponsoringvertrag mit einem von der Stadt Düsseldorf beherrschten Unternehmen ergeben sich Zahlungsverpflichtungen von 375,0 Tsd. € zzgl. USt. jährlich.

Im Zusammenhang mit sonstigen Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen hat die Stadtparkasse Düsseldorf im Geschäftsjahr Zahlungen in Höhe von 196,4 Tsd. € geleistet.

Darüber hinaus bezieht die Sparkasse von Unternehmen, die von der Stadt Düsseldorf maßgeblich beeinflusst werden, Leistungen der allgemeinen Grundversorgung (Energieversorgung, Müllentsorgung, Straßenreinigung sowie Beförderung von Mitarbeitern im öffentlichen Personennahverkehr (Firmenticket)).

Die Bezüge der Organmitglieder werden in Textziffer 4.1 aufgeführt. Weitere Mitglieder des Managements erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 1.026.174,62 €.

3.33 Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die Anteilseigner der Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat den Vorstandsvorsteher ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden am 11.12.2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (7,9 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2011 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge von 18,0 Mio. € durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen 5,7 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2011. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

4 Sonstiges

4.1 Bezüge der Organmitglieder gemäß § 19 Abs. 5 SpkG NW

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Den Mitgliedern sowie dem stellvertretenden Mitglied des Vorstands wurden Gesamtbezüge in Höhe von 3.599.701,52 € gezahlt. Dieser Personengruppe wurden Vorschüsse und Kredite in Höhe von 396,26 € gewährt.

Für die Mitglieder des Vorstands bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.335.003,00 €.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge in Höhe von 1.755.486,51 € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 23.108.606,00 €.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Ausgestaltung der Dienstverträge orientiert sich an den Empfehlungen des regionalen Sparkassenverbandes.

Die Bezüge der Vorstandsmitglieder orientieren sich an den Verbandsempfehlungen und beinhalten eine Festvergütung und eine erfolgsorientierte variable Vergütung, die in regelmäßigen Abständen vom Hauptausschuss überprüft und angepasst werden. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten.

Die erfolgsorientierte Vergütung des Vorstands wird vom Hauptausschuss festgelegt und orientiert sich an den zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres festgelegten Unternehmenszielgrößen. Die Zahlung ist abhängig von der Erreichung festgelegter Schwellenwerte, liegt zwischen 20 % und 40 % der Jahresfestvergütung und wird jeweils im Folgejahr nach Feststellung des Jahresergebnisses gezahlt. Besteht das Anstellungsverhältnis nicht während des gesamten Bemessungszeitraumes, wird die erfolgsorientierte Vergütung zeitanteilig gezahlt.

Mitglieder des Vorstands	Erfolgsunabhängige Vergütung		Erfolgsabhängige Vergütung ²⁾	Gesamtvergütung	Vergütung für Aufsichtsratsmandate
	Grundgehalt €	sonst. Leistungen ¹⁾ €	€	€	€
Peter Fröhlich (Vorsitzender)	460.000,00	19.911,96	184.000,00	663.911,96	59.984,50
Karin-Brigitte Göbel (Mitglied)	390.000,00	16.076,99	156.000,00	562.076,99	51.353,54
Andreas Goßmann (Mitglied)	390.000,00	17.328,21	156.000,00	563.328,21	14.050,00
Dr. Birgit Roos (Mitglied)	390.000,00	16.477,14	156.000,00	562.477,14	6.170,00
Thomas Boots (Stellv. gem. § 19 Abs. 1 SpkG NW)	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
Gesamt	1.630.000,00	69.794,30	652.000,00	2.351.794,30	131.558,04

1) Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen
2) für 2010 in 2011 gezahlt – gegebenenfalls zeitanteilige Beträge

Die sonstigen Vergütungen umfassen die Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Die Sachbezüge beinhalten die steuerlichen Nutzungswerte nach der 1 %-Methode und die steuerlichen Bruttowerte für eine Fahrgestellung.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages haben die Vorstandsmitglieder, sofern die Nichtverlängerung nicht von Ihnen zu vertreten ist, bis zum Eintritt des Versorgungsfalles Anspruch auf ein Übergangsgeld. Für die Zahlung des Übergangsgeldes gelten die gleichen Regelungen wie für die Zahlung eines Ruhegeldes.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstandes

Mitglieder des Vorstandes	Zuführung zur Pensionsrückstellung 2011 ²⁾	Barwert der Pensionsrückstellung per 31.12.2011 ¹⁾²⁾
	€	€
Peter Fröhlich (Vorsitzender)	1.283.206,00	3.174.144,00
Karin-Brigitte Göbel (Mitglied)	123.318,00	359.318,00
Andreas Goßmann (Mitglied)	146.535,00	427.628,00
Dr. Birgit Roos (Mitglied)	128.357,00	373.913,00
Thomas Boots (Stellv. gem. § 19 Abs. 1 SpkG NW)	keine Angabe	keine Angabe
Gesamt	1.681.416,00	4.335.003,00

1) gemäß § 19 Abs. 5, Ziffer 2 SpkG NW
2) bei der Stadtparkasse Düsseldorf erworben

Für die den Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen zu zahlenden Ruhegelder gelten folgende Regelungen:

Ruhegeld wird den Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen mit Vollendung des 65. Lebensjahres oder früher bei Eintritt eines sonstigen Versorgungsfalles (z.B. Eintritt von verminderter Erwerbsfähigkeit, Ablauf der Vertragszeit) gezahlt.

Darüber hinaus bestehen folgende Regelungen

Peter Fröhlich:

Bei Eintritt des Leistungsfalles werden als monatliches Ruhegeld

bis 31.03.2012	45 %
ab 01.04.2012	50 %

der ruhegeldfähigen Bezüge (= 1/12 der Jahresfestvergütung) oder das entsprechende Hinterbliebenenruhegeld gezahlt. Bei linearen Änderungen der Vergütung der Sparkassenangestellten ändert sich der ruhegeldfähige Bezug entsprechend.

Herr Fröhlich scheidet zum 30.06.2012 aus dem Vorstand aus.

Karin-Brigitte Göbel, Andreas Goßmann:

Bei Eintritt des Leistungsfalles werden Frau Göbel 40 % und Herrn Goßmann 50 % der ruhegeldfähigen Bezüge (= 1/12 der Jahresfestvergütung) oder das entsprechende Hinterbliebenenruhegeld gezahlt.

Dr. Birgit Roos:

Dr. Birgit Roos scheidet zum 31.03.2012 aus dem Vorstand aus. Ansprüche auf Ruhegeld bestehen danach nicht.

Für das Hinterbliebenenruhegeld gelten Abschnitt III und § 61 Beamtenversorgungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Auf dieser Basis und unter Berücksichtigung des Eintritts von Herrn Fröhlich in den Ruhestand mit Ablauf des 30.06.2012 sowie des erwarteten Eintritts der weiteren Mitglieder des Vorstands in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres, wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates betragen 298.961,00 €. An diese Personengruppe waren Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 4.327.414,94 € ausgereicht.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Hauptausschuss, Risikoausschuss, Bilanzprüfungsausschuss) ein Sitzungsgeld von 550,00 € je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden von Verwaltungsrat und seiner Ausschüsse sowie die stellvertretenden Vorsitzenden von Verwaltungsrat und Risikoausschuss erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit in Verwaltungsrat, Hauptausschuss, Risikoausschuss bzw. Bilanzprüfungsausschuss einen Pauschalbetrag von je 2.500,00 €. Die Vorsitzenden von Verwaltungsrat und seiner Ausschüsse sowie die stellvertretenden Vorsitzenden von Verwaltungsrat und Risikoausschuss erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2011 damit folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien in €	Vergütungen 2011		
	Jahrespauschale	Sitzungsgeld	Gesamt
Vorsitzendes Mitglied:			
Oberbürgermeister Dirk Elbers	15.000,00	29.700,00	44.700,00
Mitglieder:			
Bürgermeister Friedrich G. Conzen *)	12.500,00	27.246,00	39.746,00
Bürgermeisterin Gudrun Hock *)	10.000,00	25.462,00	35.462,00
Bürgermeisterin Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann*)	10.000,00	27.425,50	37.425,50
Bernd Hebbering *)	7.500,00	19.096,50	26.596,50
Dr. Jens Petersen	2.500,00	3.850,00	6.350,00
Jasper Prigge	2.500,00	3.300,00	5.800,00
Markus Raub *)	5.000,00	7.495,00	12.495,00
Wolfgang Scheffler	5.000,00	8.250,00	13.250,00
Harald Wachter *)	5.000,00	5.531,50	10.531,50
Arbeitnehmervertreter:			
Silvia Kusel	7.500,00	14.850,00	22.350,00
Rudi Petruschke	2.500,00	3.850,00	6.350,00
Wilfried Preisendörfer	5.000,00	12.100,00	17.100,00
Dirk Rekkittke	1.250,00	1.100,00	2.350,00
Herbert Kleber	1.250,00	1.650,00	2.900,00
Axel Roscher	5.000,00	5.500,00	10.500,00
Stellvertreter:			
Rüdiger Gutt		1.650,00	1.650,00
Ben Klar *)		654,50	654,50
Stellvertreter Arbeitnehmervertreter:			
Bettina Braun		1.100,00	1.100,00
Stephan Hoffmann		1.100,00	1.100,00
Gerd Lindemann		550,00	550,00
Gesamt	97.500,00	201.461,00	298.961,00
*) Inkl. gesetzlicher Umsatzsteuer Keine Umsatzsteuer wird angerechnet bei: 1. Anwendung der Kleinunternehmerregelung gemäß § 19 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz (UStG) oder 2. der Sparkasse gegenüber erbrachten nicht umsatzsteuerbaren Leistungen gemäß UStG			

4.2 Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Dirk Elbers, *Oberbürgermeister*

Mitglieder

Friedrich G. Conzen,
Bürgermeister,
Selbstständiger Einzelhandelskaufmann
1. *Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds*

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
Bürgermeisterin,
Freiberuflich in der Buchverlagsbranche tätig
2. *Stellvertreterin des vorsitzenden Mitglieds*

Bernd Hebbing (bis 31.12.2011),
ehem. stellv. Vorstandsvorsitzender der
Karstadt AG

Guhrun Hock,
Bürgermeisterin, Dipl.-Volkswirtin,
Selbstständige Consultant

Dr. Jens Petersen,
MdL, Unternehmensberater

Jasper Prigge,
Student

Markus Raub,
Selbstständiger Rechtsanwalt

Wolfgang Scheffler,
Pensionär

Harald Wachter,
Selbstständiger Unternehmensberater

Stellvertreter

Sylvia Pantel,
Hausfrau

Monika Lehmhaus,
Hausfrau

Andreas Hartnigk,
Selbstständiger Rechtsanwalt

Peter Knäpper,
Selbstständiger Diplomingenieur

Dr. Alexander Fils,
Kunstverleger

Ben Klar
Parteigeschäftsführer DIE LINKE

Helga Leibauer,
Hausfrau

Susanne Ott,
Kreisgeschäftsführerin Bündnis90 / Die Grünen

Rüdiger Gutt,
Jurist

Arbeitnehmervertreter (Mitarbeiter/innen der Stadtparkasse Düsseldorf)

Silvia Kusel

Rudi Petruschke

Wilfried Preisendörfer

Dirk Rekkittke (bis 18.05.2011)

Herbert Kleber (ab 14.07.2011)

Axel Roscher

Herbert Kleber (bis 13.07.2011)

Stephan Hoffmann (ab 14.07.2011)

Detlef Schnierer

Sandra Enenkel (bis 18.08.2011)

Peter Piepenburg (ab 19.08.2011)

Bettina Braun

Gerd Lindemann

4.3 Vorstand

Peter Fröhlich	Vorsitzendes Mitglied (bis 30.06.2012)
Karin-Brigitte Göbel	Mitglied
Andreas Goßmann	Mitglied
Dr. Birgit Roos	Mitglied (bis 31.03.2012)
Thomas Boots	Stellvertreter gemäß § 19 Abs. 1 SpkG NW (bis 31.10.2011)
Arndt M. Hallmann	Vorsitzendes Mitglied (ab 01.07.2012)
Dr. Martin van Gemmeren	Mitglied (ab 01.04.2012)

4.4 Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien folgender Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Folgendes Mitglied des Vorstandes ist Mitglied des Aufsichtsrates folgender Kapitalgesellschaft:	
Karin-Brigitte Göbel	Mitglied des Aufsichtsrates der SWD Städtische Wohnungsgesellschaft Düsseldorf AG

4.5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	
Vollzeitkräfte	1.382
Teilzeit- und Ultimokräfte	531
	1.913
Auszubildende	135
Insgesamt	2.048

Düsseldorf, 27. März 2012

Der Vorstand



Fröhlich
Vorsitzendes Mitglied



Göbel
Mitglied



Goßmann
Mitglied



Dr. Roos
Mitglied

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtsparkasse Düsseldorf für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung – und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 16. Mai 2012

Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Nüßer
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde vom Vorstand im Jahre 2011 regelmäßig schriftlich und mündlich über die allgemeine wirtschaftliche Lage, die geschäftliche Entwicklung und die Risikolage der Stadtsparkasse Düsseldorf informiert. Er hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht und in den turnusmäßigen Sitzungen die erforderlichen Beschlüsse gefasst. In einer Sondersitzung setzte der Verwaltungsrat die Erörterung der vom Vorstand vorgelegten strategischen Neuausrichtung der Stadtsparkasse Düsseldorf fort. Darüber hinaus wurde der Verwaltungsrat regelmäßig über Aktualisierungen der Geschäftsstrategie und der Risikostrategie unterrichtet.

Der von beiden Sparkassenverbänden in NRW vorgelegte Corporate Governance Kodex wurde vom Verwaltungsrat akzeptiert. Dieser Kodex enthält auf der Grundlage der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des Sparkassengesetzes NRW, Regeln für die Unternehmensführung.

Arbeitsschwerpunkte der Ausschüsse

Der Hauptausschuss hat in seinen Sitzungen Angelegenheiten behandelt, die ihm gemäß § 15 Abs. 3 SpkG NW vom Verwaltungsrat zur endgültigen Entscheidung übertragen sind. Schwerpunkte seiner Tätigkeit lagen in der Vorbereitung und Empfehlung zu Beschlussfassungen des Verwaltungsrates in Vorstandsangelegenheiten, in Strategie- und Beteiligungsfragen und in der Beratung der vom Vorstand aktualisierten Geschäftsstrategie sowie der Mehrjahresplanung.

Der Risikoausschuss und der Bilanzprüfungsausschuss haben im Geschäftsjahr 2011 die ihnen nach Gesetz und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Der Risikoausschuss hat in seinen Sitzungen auf der Grundlage einer monatlichen Risiko-berichterstattung des Vorstandes und des quartalsweise vorgelegten Kreditrisikoberichtes die Risikolage und die Risikotragfähigkeit der Sparkasse überwacht. Er beriet mit dem Vorstand die Grundsätze der Risikopolitik und Risikosteuerung und erörterte die vom Vorstand aktualisierte Risikostrategie gemäß der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie die Ergebnisse der durchgeführten Stresstests. Die ihm nach Gesetz und Geschäftsordnung obliegenden Kreditbeschlüsse über die Zustimmung zu den Beschlüssen des Vorstandes fasste der Risikoausschuss in den turnusmäßigen Sitzungen einstimmig.

Intensiv begleitete der Bilanzprüfungsausschuss den Vorstand bei der Analyse der nach HGB aufgestellten Jahresabschlüsse, insbesondere bei Bewertungs- und Bilanzierungsfragen, und gab gegenüber dem Verwaltungsrat Beschlussempfehlungen ab. Der Bilanzprüfungsausschuss empfahl – mit Einwilligung des Hauptausschusses – dem Verwaltungsrat, der Aufgabe der Kapitalmarktorientierung und dem Verzicht auf die IFRS-Bilanzierung ab dem Geschäftsjahr 2011 zuzustimmen.

Der Ausschuss erörterte die Ergebnisse der jährlichen Prüfung der organisatorischen Pflichten nach § 25a Abs.1 S. 3 Nr. 1 KWG sowie der Risikolage durch die Prüfungsstelle des RSGV. Schwerpunkte seiner Prüfungstätigkeit waren darüber hinaus der Compliance-Bericht gemäß § 33 Abs. 1 Nr. 5 WpHG, der Bericht über die Tätigkeit der internen Revision sowie die formelle Erfüllung der Anforderungen an die Risikosteuerungs- und -controllingsprozesse gemäß MaRisk.

Die Ausschüsse haben den Verwaltungsrat regelmäßig zu den auf die Ausschusssitzung folgenden Verwaltungsratssitzungen über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit informiert.

Prüfung und Bestätigung des Jahresabschlusses 2011

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss und den Lagebericht 2011 geprüft. Mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk testiert die Prüfungsstelle, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln sowie die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Sparkasse zutreffend darstellen.

Den vom Vorstand vorgelegten HGB-Jahresabschluss 2011 stellte der Verwaltungsrat in der Schlussbesprechung über die Jahresabschlussprüfung am 22. Juni 2012 gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NW mit einem Bilanzgewinn in Höhe von 14,84 Mio. Euro fest und billigte den Lagebericht.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses beschließt der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf als Trägerin der Sparkasse. Der Verwaltungsrat empfiehlt dem Rat der Stadt, aus dem Jahresüberschuss eine Ausschüttung entsprechend § 25 Abs. 1 b) SpkG NW in Höhe von 6 Mio. Euro zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke an die Landeshauptstadt Düsseldorf zu beschließen. Der nicht verwendete Teil des Bilanzgewinnes wird entsprechend § 25 Abs. 1 c) SpkG NW in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Der Verwaltungsrat hat beim Rat der Stadt Düsseldorf beantragt, dem Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf gemäß § 8 Abs. 2 f SpkG NW Entlastung zu erteilen.

Der Verwaltungsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse für die im Jahre 2011 geleistete engagierte und erfolgreiche Arbeit.

Düsseldorf, den 22. Juni 2012

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates



Dirk Elbers
Oberbürgermeister

Standorte

Hauptgebäude

Berliner Allee 33 (Sparkassenhochhaus), 40212 Düsseldorf
 Postfach 10 10 30, 40001 Düsseldorf
 Bankleitzahl 300 501 10
 Telefon: (0211) 8 78 – 0
 Telefax: (0211) 8 78 – 17 48
 E-Mail: service@sskduesseldorf.de
 Internet: www.sskduesseldorf.de
 S.W.I.F.T.-Adresse DUSSEDD
 TELEX 8582509 dss d
 Handelsregister: Düsseldorf HRA 14082

Geschäftsbereich Unternehmenskunden

Stadtmitte Berliner Allee 33

Geschäftsbereich Mittelstand

Stadtmitte Steinstr. 15 - 17

Filialbereiche mit angeschlossenen Geschäftsstellen, Servicestellen und Vermögensberatungs-Zentren

Filialbereich – Stadtmitte

Telefon 8 78-

Altstadt	Bolkerstr. 17	3004
Berliner Allee	Berliner Allee 33	3090
Hauptbahnhof	Immermannstr. 65	3026
Unterbilk/Hafen	Hammer Str. 40	3063
Vermögensberatung	Berliner Allee 33	1012

Filialbereich – Düsseldorf

Brehmplatz	Rethelstr. 171	3021
Flingern	Birkenstr. 121	3024
Flingern	Erkrather Str. 167	3053
Flingern	Hoffeldstr. 69	3064
Grafenberg	Grafenberger Allee 60	3009
Hansaplatz	Ostendorfstr. 2	3032
Oberbilk	Kruppstr. 94	2155
Oberbilker Markt	Bogenstr. 39	3015
Vermögensberatung	Rethelstr. 171	4090

Filialbereich – Derendorf und Pempelfort		Telefon 8 78-
Derendorf	Collenbachstr. 10	3002
Derendorf	Münsterstr. 126	3031
Pempelfort	Duisburger Str. 32	3038
Pempelfort	Kaiserstr. 5	3057
Rochusmarkt	Camphausenstr. 18	3021
Wehrhahn	Am Wehrhahn 18	3027
Vermögensberatung	Collenbachstr. 10	4120
Filialbereich – Oberkassel		
Handweiser	Burgunderstr. 9	3060
Haus Lörick	Grevenbroicher Weg 70	3050
Heerdt	Nikolaus-Knopp-Platz 32	3018
Lörick	Fritz-Vomfelde-Str. 34-38	2808
Lörick	Hansaallee 380	3043
Oberkassel	Hansaallee 31	3051
Oberkassel	Luegallee 67	3005
Vermögensberatung	Luegallee 67	6130
Filialbereich – Rath und Unterrath		
Großmarkt	Ulmenstr. 275a	3017
Lichtenbroich	Matthiaskirchweg 4	3052
Lohausen	Flughafenstraße, Flugsteig C, Ankunftsebene	3048 3032
Mörsenbroich	Haeselerstr. 2	3030
Rath	Westfalenstr. 20	3006
Unterrath	Kalkumer Str. 142	3028
Vermögensberatung	Westfalenstr. 20	4060
Filialbereich – Gerresheim		
Gerresheim	Benderstr. 1	3007
Gerresheim	Heyestr. 109	3047
Knittkuhl	Am Püttkamp 3	3107
Metropassage	Schlüterstr. 3a	5350
Mörsenbroich	Lenastr. 1	3061
Staufenplatz	Grafenberger Allee 402	3034
Vermögensberatung	Benderstr. 1	4071

Filialbereich – Eller**Telefon 8 78-**

Eller	Gertrudisplatz 16-18	3008
Lierenfeld	Reisholzer Str. 34-36	3042
Unterbach	Breidenplatz 3-5	3070
Vennhausen	Vennhauser Allee 203	3036
Vermögensberatung	Gertrudisplatz 16-18	5088

Filialbereich – Bilk und Friedrichstadt

Aachener Platz	Fleher Str. 190	3039
Bilk	Binterimstr. 41	3071
Bilk	Brunnenstr. 75	3022
Bilk	Moorenstr. 5	3019
Friedrichstadt	Friedrichstr. 42	3037
Hamm	Hammer Dorfstr. 127	3041
Unterbilk	Bilker Allee 77	3011
Unterbilk	Friedrichstr. 129-133	3046
Unterbilk	Lorettost. 1	3033
Vermögensberatung	Brunnenstr. 75	5111

Filialbereich – Benrath

Benrath	Benrodestr. 45	3062
Benrath	Hauptstr. 36	3012
Hassels	Hasselsstr. 89	3035
Holthausen	Itterstr. 10	3013
Itter	Am Steinebrück 48	3113
Reisholz	Henkelstr. 285	3023
Urdenbach	Kammerrathsfeldstr. 64	3044
Urdenbach	Robert-Hansen-Str. 53	3144
Wersten	Kölner Landstr. 172	3020
Vermögensberatung	Hauptstr. 36	6250

Filialbereich – Kaiserswerth**Telefon 8 78-**

Angermund	Bahnhofstr. 1	3068
Golzheim	Kaiserswerther Str. 252	3029
Kaiserswerth	Klemensplatz 10	3014
Lohausen	Niederrheinstr. 59-61	3025
Messe Düsseldorf	Stockumer Kirchstr. 61	3129
Stockum	Amsterdamer Str. 2	3065
Wittlaer	Kalkstr. 30	3067
Vermögensberatung	Klemensplatz 10	6718

Filialbereich – Garath und Monheim am Rhein

Baumberg	Hauptstr. 75	3078
Garath	Peter-Behrens-Str. 113	3045
Hellerhof	Carlo-Schmid-Str. 1	3145
Monheim	Krischerstr. 7	3077
Monheim-Süd	Heinestr. 14	3079
Vermögensberatung	Krischerstr. 7	9286

Zusätzliche Geldautomaten an folgenden Standorten

Benrath	Sparkassen-Eissporthalle Paulsmühlenstraße 6
Derendorf	AXA Colonia Versicherung AG Rolandstraße 44
Eller	Am Hackenbruch 76 Wormser Weg 3
Friedrichstadt	Corneliusstraße 85 LVA, Friedrichstraße West LB-Foyer, Herzogstraße 15 RSGV, Kirchfeldstraße 60
Itter	Am Steinebrück 35
Kaiserswerth	Diakonie-Krankenhaus Florence-Nightingale Kreuzbergstraße 79
Lohausen	Flughafen Abflugebene Terminal B Ankunftsebene Terminal C Maritim Hotel, Maritimplatz 1 E-Plus, E-Plusstraße 1

Lörick	Am Albertussee 1
Oberbilk	Ellerstraße 221
Oberkassel	Rheinkirmes Kirmesplatz, <i>nur während der Rheinkirmes</i>
Rath	Oberrather Straße 40 ISS Dome, Theodorstraße 281
Stadtmitte	Carlsplatz, Benrather Straße 7b Heinrich-Heine-Passage Kaufhaus Peek & Cloppenburg Schadowstraße 17 (1. OG)
Stockum	Messe Stockumer Kirchstraße 61 (Brücke 1. OG) Beckbuschstraße (Nordeingang)
Unterbilk	RWI-Hochhaus Völklinger Straße 4 NRW-Bank Kavalleriestraße 22
Unterrath	Unterrather Straße 34
Wersten	Heinrich-Heine-Universität, Bibliothek Universitätsstraße 1 Kölner Landstraße 264 Provinzial Provinzialplatz 1

Tochterunternehmen

-Kapitalbeteiligungsgesellschaft Düsseldorf mbH
Am Albertussee 1, 40549 Düsseldorf
Geschäftsführer: Christian Georg (bis 31.01.2012)
Mario Mattheus (bis 31.01.2011)
Thorsten Elfering
(ab 11.02.2011 bis 31.01.2012)
Werner Boße (ab 01.02.2012)
Stefan Leermann (ab 01.02.2012)

-Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH
Am Albertussee 1, 40549 Düsseldorf
Geschäftsführer: Christian Georg (bis 31.01.2012)
Mario Mattheus (bis 31.01.2011)
Werner Boße (ab 01.02.2011)

Equity Partners GmbH
Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf
Geschäftsführer: Gregor Höll

-online-Service Düsseldorf GmbH
Am Albertussee 1, 40549 Düsseldorf
Geschäftsführer: Reiner Mone (bis 31.03.2011)
Eva Thomas
Harald Norbistrath (ab 01.04.2011)
Christian Hoechtlen (ab 15.05.2011)

-Finanz-Service Düsseldorf GmbH
Berliner Allee 26, 40212 Düsseldorf
Geschäftsführer: Jörg Moormann

Stiftungen

 Kunst- und Kulturstiftung der
Stadtsparkasse Düsseldorf
Berliner Allee 33, 40212 Düsseldorf
Vorsitzender des Kuratoriums:
Dirk Elbers, Oberbürgermeister
Geschäftsführerin: Martina Waetermans
Kaufmännischer Geschäftsführer: Stefan Drzisga

Düsseldorfer Eissporthalle
Stiftung der Stadtsparkasse Düsseldorf
Paulsmühlenstraße 6, 40597 Düsseldorf
Vorsitzender des Kuratoriums:
Dirk Elbers, Oberbürgermeister
Geschäftsführer: Manfred Otto

 Stiftung Monheim der Stadtsparkasse Düsseldorf
Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Vorsitzender des Kuratoriums:
Daniel Zimmermann, Bürgermeister
der Stadt Monheim am Rhein



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften

www.fsc.org Zert.-Nr. GFA-COC-001522

© 1996 Forest Stewardship Council

